

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gelpaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 15. Oktober 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission. — Schöner Erfolg. — Aus dem Verbandsleben. — Mehr Disziplin. II. — Die Steinindustrie in der Gewerbeaufsicht für 1909 in Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. I. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Die Beteiligung des Zimmererverbandes an der letzten großen Bauarbeiterausperrung. — Rundschau. — Worte Schillers. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Eine interessante Publikation. — Der internationale Arbeitslosigkeitkongress in Paris. II. — Die Herbstfaison im Baugewerbe. — Eine schwache Rechtfertigung. — Literarisches. — Feuilleton: Reisetage. I. — Gebicht: Streikbrecher-Hymne.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Niederprunt: Firma Kinatader. — Königsberg: Granitwerk Eckart.

Kupferdreh (Westf.). Bei der Firma L'hoest kam es zu erneuten Differenzen wegen Bezahlung von Werkstücken im Akkord. 26 Kollegen legten am 29. September die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuhalten.

Heppenheim. Im Odenwaldbezirk stellen die Granitsteinbruchbesitzer an die Brecher das unerhörte Ansuchen, daß ab 22. Oktober im Akkord gearbeitet werden müsse. Unsere Kollegen lehnen dieses Ansuchen strikte ab. Zuzug nach dem Odenwald muß ferngehalten werden.

Duisburg. Der Streik der Steinarbeiter ist zu unseren Gunsten beendet. Erreicht wurde bei einer dreijährigen Tarifdauer 10 Pfg. Stundenlohn-Erhöhung. Der Minimallohn der Massschauer steigt im zweiten Jahre auf 63 und im dritten Jahre auf 65 Pfg. pro Stunde. Bei den Akkordpreisen erfolgte eine teilweise Erhöhung gegenüber den alten Positionen.

Düsseldorf. Die Lohnbewegung der Kollegen in der Grabstein-Industrie ist ohne Streik durch Verhandlungen beendet. Erreicht wurde bei dreijähriger Tarifdauer eine Stundenlohn-Erhöhung von 10 Pfg. Der Minimallohn beträgt jetzt 65 Pfg. (bisher 60 Pfg.), im zweiten Jahr 68 Pfg. und im dritten Jahr 70 Pfg. pro Stunde. Die Aufbesserung der Akkordpreise beträgt 10 bis 15 Prozent.

Schweiz. Gesperrt sind: Basel für Kunststeinarbeiter; Surava für Tuffsteinarbeiter.

Oesterreich. Gesperrt sind folgende Orte: Ofteg, Nizdorf, Göding, Mauthausen, Schwertberg, St. Georgen, Sarningstein, Borg, Linz, Freistadt, Fürstenbrunn, Blaschke und Schubertkreze.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder!

Das Anwachsen der Arbeiterbewegung auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete, das seit dem Nachlassen der Krise in ganz Deutschland in so machtvolle Erscheinung tritt, liegt dem Unternehmertum und den reaktionären Parteien im Reiche arg auf den Nerven.

In dieser Situation erscheinen den Scharfmachern und der Regierung die Unruhen in Moabit geeignet, Wasser auf ihre reaktionären Mühlen zu leiten.

Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchtstrafgesetze gegen die Gewerkschaften! so heulen die behäuteten Scharfmacherorgane von der Post bis zur Rheinisch-Westfälischen Zeitung, von den Hamburger Nachrichten bis zur Norddeutschen Allgemeinen, die jedem Reichstanzler ihr „Stück weißes Papier“ gesinnungslos zur Verfügung stellen.

Die Vorgänge in Moabit sind bekannt. Infolge Parteinarbeit der Polizei für die Streikbrecher und den Unternehmer gegen streikende Lohnarbeiter, entstanden gelegentlich der durch herrschende Polizeistrenge geschätzten Kohlentransporte Ansammlungen, bei denen der großstädtische Janhagel, der sonst bei Paraden und dergleichen jöhlt, gemeinsam mit einer Anzahl halbwüchsiger Jungen Ill und Kadaw machte. Die bekannte Art, in der die Berliner Polizei bei solchen Anlässen eingreift, indem sie förmliche Hejragden gegen friedliche Zuschauer oder ruhig ihres Weges gehende Arbeiter und Bürger veranfaßt, erbitterte die ganze Bevölkerung der betreffenden Stadtgegend, und forderte sie förmlich zu Demonstrationen gegen die Polizeiwillkür heraus. Die Polizei trieb es so arg, daß dieselbe Presse, die erst nicht genug tun konnte in Verhimmelungen der Polizei und Schmähung des „Pöbels und Janhagels“, jetzt Tag für Tag von Ärzten, Beamten, Arbeitern, Vertretern der Presse, Klagen veröffentlicht muß über ungläubliche Ausschreitungen der Schulkleute in Uniform und Zivil.

Trotz alledem lügen die Scharfmacherorgane: In Moabit handelte es sich um den „Anfang der Revolution“, die „Unruhen waren von den organisierten Arbeitern vorbereitet“. Die Berichte der Polizei selber konstatierten gleich in den ersten Tagen das Gegenteil! „Die sozialistische Jugendorganisation hat ihre Leute zu den Krawallen kommandiert!“ usw. Eine Schwindelnachricht löst die andere ab!

Man will die Bevölkerung im ganzen Reiche mit dem „roten Lappen“ graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Zwecken dienstbar und gefügig zu machen.

Den großen Unternehmern, den Zechen- und Kohlenbaronen sind starke, ruhig wachsende Gewerkschaftsorganisationen ein Grauel, weil solche sie in ihrer schrankenlosen Ausbeutung hindern; den reaktionären Parteien und ihrem Verzeuge, der Regierung, sind diese sie hindern, ihre politische Macht uneingeschränkt zur Schröpfung und Unterdrückung der breiten Volksmassen zu benutzen. Darum ihre ewige Sehnsucht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mittels Ausnahmegeetzen zu erwürgen.

Statt eines freien Wahlrechts in Preußen — Streik- und Zuchtstrafgesetze gegen die Arbeiter! Das droht für die nächste Zukunft!

Arbeiter! Diese nichtswürdigen Pläne müssen vereitelt werden!

In Massenversammlungen muß die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden über diese hinterlistigen Absichten der Scharfmacher!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Massenaufgebot von Polizeiorganen, die angeblich dem Schutze der Streikbrecher dienen soll, die Streikenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbestrafte gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streikenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge, wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegeetzen gegen Streikende, d. h. gegen die Gewerkschaften zu begründen.

Nur eine Milderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Krawalle wie in Moabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern gegen die Uebergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf Euch! Tut Eure Schuldigkeit! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abgeschlagen werden!

Berlin, den 8. Oktober 1910.

Der Parteivorstand.
Die Generalkommission der Gewerkschaften.

Schöner Erfolg.

Es ist nicht zu dem gewaltigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit gekommen, den die Metallindustriellen durch eine Riesenausperrung entfesseln wollten. Im letzten Augenblick schiedten sie doch vor dem Magnis, das diese Ausperrung für sie bedeutete, zurück. Und doch hat die Organisation der Arbeiter einen großen Sieg errufen, den sie sicher ihrer Entschiedenheit, aber auch vor allem dem Kampfesmut und der musterhaften Disziplin ihrer Mitglieder zu danken hat. Die volle Bedeutung dieses Erfolges wird sich vielleicht in allernächster Zeit zeigen. Ganzelte es sich bei diesem Kampfe doch nicht in letzter Linie darum, ob den Werftarbeitern ihre allerdings vollauf berechtigten Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit, Gewährung einer Lohnerhöhung, Regelung der Akkordarbeit, Einschränkung und Regelung der Ueberzeitarbeit bewilligt wurden, sondern daß die stolzen Industriemagnaten, die in dem Metallindustriellenverband die Führung haben, sich zu den erst so schroff abgelehnten Verhandlungen mit den Vertretern der Organisation der Arbeiter verhalten mußten. Sie mußten ferner auf ihre Forderung verzichten, Vertreter der gelben Arbeitervertreter mit an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Mit einer verächtlichen Handbewegung lehnten das die Vertreter der Metallarbeiterorganisation ab. Und sie taten recht daran; denn die Arbeiterschaft kann sich doch unmöglich von den Unternehmern vorschreiben lassen, wer sie vertreten soll. Die Ablehnung jeder Vertretung mit den Gelben ist eine Ehrensache für jede wirkliche Arbeiterorganisation.

Die Unternehmer haben trotzdem verhandelt und die Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt.

Erst sah die Situation allerdings äußerst bedenklich aus. Es schien keine Einigung zustande zu kommen. In beiden Lagern bereitete man sich mit allen Mitteln auf den unvermeidlich erscheinenden Riesenkampf vor. Die Unternehmerorganisation kündigte für den Fall, daß sich die Werftarbeiter nicht unterwerfen sollten, die Ausperrung von 60 Prozent der in den Verbandsbetrieben beschäftigten Metallarbeiter an. Es wären, wenn alle in Frage kommenden Industriellen dem Ausperrungsbeschlusse wirklich nachgegeben wären, 400 000 bis 500 000 Arbeiter auf die Straße geworfen worden. Die Unternehmer hofften wohl, daß diese Drohung genügen würde, um die Arbeiterorganisation zu Kreuze kriechen zu lassen. Sie hatten sich schwer getäuscht. Die Metallarbeiter verfügen heute über eine ganz andre und schlagkräftigere Organisation als noch vor einigen Jahren. Ueberall löbte die Kampfesbegeisterung der Arbeiter einpor. Die jahrelangen Scharfmacherrefen gerade der Metall-

industriellen, der Druck, der vielfach in den Betrieben auf die Arbeiter ausgeübt wird, die Schikanererei und vor allem auch die Bevorgung und Häufelung der gelben Marodeure taten ihre Wirkung. Ueberall wurde in Riesenversammlungen der feste Wille befunden, diesmal den Kampf aufzunehmen und eventuell die schwersten Opfer auf sich zu nehmen.

Auch der glänzende Ausgang des Kampfes im Baugewerbe erhöhte den Kampfesmut. Die Vorbereitungen zum Kampfe wurden getroffen. Alles stieg sich willig der Leitung der Organisation. Extrabeiträge, Verzicht auf Unterstützung in den ersten beiden Wochen, eine Maßnahme, die sich in dem verflochtenen Bauarbeiterkampf so gut bewährte, wurde allgemein beschlossen, die Beamten verzichteten für dieselbe Zeit auf ihr Gehalt. Die gesamte Klassenbewußte Arbeiterschaft verfolgte mit großer Spannung die Entwicklung der Dinge, bereit, den Metallarbeitern beizuspringen, sobald sie der Hilfe bedurft hätten.

Während so im Lager der Arbeiter vollkommenste Einmütigkeit und Kampfesbegeisterung herrschte, sah es im Lager der Unternehmer lange nicht so glänzend aus. Bei der einfallenden Konjunktur war ihnen die Aussperrung fürchtbar unangenehm. Gewiß hätte ein großer Teil von ihnen sehr gern die verhasste Organisation der Arbeiter durch einen großen Machtkampf zu Boden geschmettert und vernichtet. Aber höher stand ihnen doch noch der Profit und die Angst, daß ihnen bei längerer Produktionspause die ausländische Konkurrenz die Aufträge weggeschnappt hätte und sie mit einem dauernden Verluste von Rundschau rechnen mußten. Daß sie mit den verbleibenden 40 Prozent nicht ausgesperrter Arbeiter nicht rechnen konnten, mußten sie sehr wohl; denn diese und die Organisation hätten wohl nicht ruhig zugehört, wenn man einen Teil ihrer Arbeitskammeraden auf die Straße geworfen hätte. Dazu kam aber, daß ganze Produktionsgebiete, wie Rheinland-Westfalen usw., überhaupt nicht mitmachen wollten. Viele Betriebsleitungen versuchten sogar, ihre Arbeiter zum scheinbaren Austritt aus der freigewerkschaftlichen Organisation oder zum scheinbaren Eintritt in die Betriebsvereine zu bewegen, um nur nicht aussperrt zu müssen. Diese Unentschlossenheit und Zerfahrenheit im eigenen Lager ist den Leitern der Unternehmerorganisation nicht entgangen, und der Mut zu dem „großen Werk“ ist ihnen entfallen. Vielleicht mögen sich auch noch andre Faktoren ins Mittel geschlagen haben, um die Unternehmer zum Nachgeben zu bewegen. Ein solcher von den Unternehmern vom Baune gebrochener Machtkampf schafft ungeheure Erbitterung, weil er eine ganze Menge Kreise außer der Arbeiterschaft aufs schwerste wirtschaftlich schädigt, und diese Erbitterung mußte sich naturgemäß gegen die richten, die sie verschuldet; das waren ganz offenkundig trotz aller Vertuschungsversuche der Kapitalisten- und Unterdarsteller die Unternehmer, die, um nur die berechtigten Forderungen der schlechtlohnenden Werftarbeiter nicht erfüllen zu müssen, einen derartigen großen wirtschaftlichen Kampf entfesselten. Solche Empörung und Entfistung über frivole wirtschaftliche Schädigungen setzt sich aber auch erfahrungsgemäß um in politischen Zorn gegen die ganze Reaktion. Und da dieser politische Zorn schon infolge der Zoll- und Steuerpolitik, Neuerungen des Gottesgnadentums usw. eine ungewöhnliche Höhe erreicht hat, so fürchtet man eine weitere Steigerung wie das gebrannte Kind das Feuer. Und deshalb ist es sehr wohl möglich, daß auch von dieser Seite die Kapitalprogen zum Einlenken ermahnt worden sind.

Doch mag dem sein wie ihm wolle: die Arbeiterschaft kann auf den Abschluß dieses Kampfes ohne Aussperrung eben so stolz sein wie auf den Ausgang des Bauarbeiterkampfes mit Aussperrung.

Allen Grund hat aber die Metallarbeiterorganisation, mit dem Ausgang des Kampfes zufrieden zu sein. Sie hat erreicht, was man noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten hätte, sie hat den Willen der „Herren im Hause“ gebrochen und sie zu Verhandlungen gezwungen. Sie hat für die Werftarbeiter Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Akkordarbeit, alles fast, was sie bei Anfang des Kampfes forderten, erreicht. Sie hat alles erreicht, was sie nur erreichen konnte.

Der Metallarbeiterverband hat bewiesen, daß trotz des Ausbaues der Unternehmerorganisation und trotz Aussperrungsdrohungen die Gewerkschaften nicht an der Grenze ihrer Macht angelangt sind. Die immer größere Zusammenballung des Kapitals fördert nur den festeren Zusammenschluß der Arbeiterklasse.

Der Ausgang auch dieses bedeutungsvollen wirtschaftlichen Kampfes zeigt wieder einmal deutlich die alte Wahrheit: Nur mit Hilfe der Organisation sind Siege auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete zu erringen.

Wie Depeschen melden, wollen in einigen Städten die Metallarbeiter die Arbeit nicht aufnehmen; es sind ihnen die Zugeständnisse zu gering. — Hoffentlich gelingt es den leitenden Personen, die Opposition zu besänftigen.

Ein Scharfmacherblatt gesteht die Niederlage ein.

Die scharfmacherischen „Hamburger Nachrichten“ stellen in ihrer Nummer vom Freitagabend den Abschluß als eine Niederlage der Unternehmer hin. Sie schreiben: „Alle wesentlichen Forderungen der Arbeitnehmer sind erfüllt worden, vor allem Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Was man daneben hat fallen lassen, ist von geringer, nur taktischer Bedeutung als Kampfmittel.“

Heute müssen wir offen aussprechen, daß die gestern vollzogene Einigung schlecht und recht nichts andres bedeutet als eine Niederlage der Arbeitgeber unter erschwerenden Umständen.

Aus diesen Zeilen spricht die enttäuschte Scharfmachersehnsucht, die die Autorität des Unternehmers im Arbeitsvertrage schwinden und die Anerkennung der Gewerkschaften vorrücken sieht.

Auch die soeben erschienene „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 41) ist wenig erbaut über den getroffenen „Friedensakt“. Das Blatt meint: „Das beteiligte Unternehmertum ist zu Konzessionen — veranlaßt worden, über die es in absehbarer Zeit überhaupt nicht hinausgehen vermag.“ Das mag ja Herrn Felz Kuh mächtig ärgern, daß die Metallarbeiter so glänzend abgeknippt haben.

Aus dem Verbandsleben.

Bereits im Frühjahr 1910 waren für das Württembergische Steinbruchgebiet, bekannt unter dem Namen Maulbronner Gebiet, einige Agitationsversammlungen geplant. Veranlassung dazu gab ein dringender Wunsch der Zahlstelle Ochsenburg. Durch besondere Vorkommnisse im Verband, wie Verbandstag, Bauarbeiterausperrung usw. haben sich diese Versammlungen bis Ende September hinausgeschoben, und erst vom 17. bis 25. September konnten sie stattfinden. Versammlungsorte waren für den Zabergau in Zabersfeld, dann Kürnbach, Sulzfeld, Maulbronn, Karlsruhe, Neusalz, Heilbronn, Stuttgart und Lützenbach. Als Thema war den Orten freigestellt: Der Steinarbeiterverband und seine Aufgaben, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Die Gewerkschaften und der Klassenkampf. Wer nun schon öfter solche Versammlungspuren abgehalten hat, wird wohl stets mit gemischten Gefühlen dem Gesamtergebnis solcher Versammlungen entgegensehen. Denn erstens sollen neue Mitglieder gewonnen werden, zweitens soll bei den jetzigen Mitgliedern der Organisationsgedanke gefestigt werden und drittens soll die Buch- und Kassensführung einer eingehenden Kontrolle unterzogen werden.

Die Erfahrungen, die ich bisher in solch „fliegender Agitation“ gesammelt, haben sich auch diesmal wieder bestätigt. Abgesehen von den mannigfachen Eindrücken, die man mit nach Hause nimmt und die in den verschiedenen Landesteilen auch verschieden sind, blieb, soweit die unorganisierten Berufskollegen beobachtet wurden, derselbe Eindruck aus dem Württembergischen Steinbruchgebiet, wie ich es schon früher in dem pfälzischen und elsässischen Steinbruchgebiet gefunden habe. Das Milieu, in dem die Berufskollegen leben oder noch richtig, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sehen dem Organisationsgedanken hindernd im Wege. So paradox dies auch klingen mag — denn die Entlohnung für die Berufsarbeit ist sehr gering — aber Tatsache ist es. Jene Berufskollegen, auf die es bei den Agitationsversammlungen am meisten abgesehen ist, kommen nur ganz vereinzelt in die Versammlung; sie lassen sich nur bewegen, wenn ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Aenderung erfahren, etwa durch Reduzierung seitens des Arbeitgebers oder wenn auf politischem Gebiet, vielleicht durch die Steuergesetzgebung, ihre Ruhe gestört wird. Sonst bleiben sie weit vom Schuß! Das hat seine Erklärung in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen. Es sind Bewohner des platten Landes, und das bishigen Landwirtschaft, die so nebenbei betrieben wird, läßt ihnen ihre wirtschaftliche Misere nicht zum Bewußtsein kommen, mit einem Wort gesagt, sie sind nicht genügend proletarisiert. Mag der letztere Ausdruck auch nicht ganz richtig sein, aber ich finde keine andere Bezeichnung, die passender wäre. Diese Berufskollegen leben nicht etwa besser, wie die in den Klein-, Mittel- oder Großstädten. Nein! Arbeit und wieder Arbeit, unter erbärmlicher Bezahlung ihrer Berufsarbeit ist ihr Los; es fehlt aber jedes Selbstvertrauen auf ihre eigene Kraft als Steinarbeiter. Wenige von ihnen gehen in die Fremde, und wer fortgeht, kommt sehr selten zurück, denn draußen erweitert sich der Blick, und den meisten graut es dann, in die heimatische Enge zurückzupflegen. Diese Verhältnisse erschweren ungemein die Organisationsarbeit, und gar mancher in der Agitation tätige Kollege wird wohl daselbst empfinden haben.

Als ich vor einem Jahre in einer Versammlung in Mülhausen i. El. diese Art der Berufskollegen mit einem Wort skizzieren wollte und dafür den Ausdruck „Ruhbauer“ gebrauchte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung und ich wäre bald gelincht worden; doch lag mir jede Beleidigung fern. Die in der Versammlung anwesenden Kollegen aus dem elsässischen Steinbruchgebiet haben es heute noch nicht vergessen, daß ich das Ding richtig mit einem unrichtigen Ausdruck bedachte; seitdem habe ich mir auch im stillen gelobt, den Ausdruck niemals wieder zu gebrauchen.

Diesemigen Orte im Maulbronner Gebiet, wo die Organisations-Eingang gefunden hat, stehen allerdings fest, denn die Erfolge, die durch Zusammenschluß erreicht wurden, veranlassen die Kollegen, zur Stange zu halten. Ochsenburg, Sulzfeld, Kürnbach, Sternensfeld, Derdingen sind Orte, wo die Organisation, der Steinarbeiterverband, nicht wieder verschwinden wird, trotzdem diese Orte eingekreist sind von indifferenten Steinarbeitern. In Zabersfeld und Maulbronn waren die Versammlungen schlecht besucht. Die wenigen Anwesenden ließen sich aufnehmen, dort ist noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten, um die Kollegen von dem Wahn zu befreien, daß sie ihre Existenz als Steinarbeiter nur dem Unternehmer zu danken haben. So soll der bekannte Herr Burer in Maulbronn oft gedöhert haben: „wenn er nicht wäre, müßten die Steinarbeiter verhungern“. Die Steinbrüche würden auch ausgebeutet werden, wenn Herr Burer nicht existierte, das ist doch eine Winzenwahrheit; aber Herr Burer kennt seine Leute und behandelt sie dementsprechend.

Der Gewinn an neuen Mitgliedern in allen Versammlungen beträgt — 26. Nach dieser Richtung ein beschämendes Resultat. Werden Versammlungstouren nur nach diesem eingeschätzt, dann wären sie allerdings unangebracht. Doch ist eine solche Bewertung nicht richtig. Auf die Mitglieder hat es immer eine besondere Wirkung, wenn ein Mitglied des Verbandsvorsitzes in ihren Versammlungen erscheint. Der Vorstandsvorsitzende ebenfalls kann nur davon profitieren, denn so ganz anders findet er oft die Zahlstelle, als wie er sich dabei im Bureau Vorstellung macht. Auffallend war mir die saubere und peinliche Kasienführung in allen Orten. Man sieht daraus, daß die Verwaltungen von der beruflichen Seite erzogen sind. In keiner Zahlstelle waren Anstände in bezug auf Kasienführung zu machen. Das ist ein gutes Zeichen und nicht hoch genug einzuschätzen! Die Sandsteinindustrie hat in diesem Gebiet ebenfalls, wie in andern Bruchgebieten, einen nicht unbedeutenden Rückschlag zu verzeichnen. Gehrlinge sind nur noch ganz vereinzelt vorhanden. Die Betriebe selbst sind fast alle recht primitiv. Auch dieses ist einesteils zu erklären, hauptsächlich soweit die Unternehmer Pächter der Steinbrüche sind. Auf 2 bis 3 Jahre sind diese gepachtet. Ungewiß ist es für den Unternehmer, ob nach Ablauf der Pacht ihm die Betriebe wieder zufallen und so wird dann teilweise darauflos gebuddelt etwa mit dem Gedanken: Nach uns die Sintflut! Hier kann nur geändert werden, wenn unsere Kollegen anspruchsvoller werden. Die Arbeitsbuden lassen selbstredend alle zu wünschen übrig. Eine einzige ragt vorchriftsmäßig und adrett aus all dem Gerümpel empor, die in dem Betrieb der Firma Himmelsbach-Sulzfeld; wenigstens habe ich solche weiter keine bemerkt.

Die Eingabe, die der Gauleiter Braun im verfloffenen Jahre dem badischen Landtag zur Durchführung eines wirksameren Arbeitererzuges in der Steinindustrie unterbreitet hatte, war im Hinblick auf diese Betriebsverhältnisse nur zu sehr berechtigt. Alles dieses zu ändern in unserm Sinne, dazu gehört jähre Organisationsarbeit. So ähnlich war mein Gedankengang, als ich aus einem Loch, genannt Steinbruch, herausstrat. Die ersten, welche mir begegneten — es war Sonntag morgen — waren zwei Kollegen, die in ihrer Schürze das Fallobst an der Chauffee für den — Polier aufsummelten. Natürlich umsonst und jedenfalls in dem Glauben, dadurch in der Arbeit besser behandelt zu werden. Solche Leute gibt es ja leider mehr oder minder an jedem Ort. Nur wo die Organisation stark ist, werden solche Erscheinungen unterdrückt. Eigentümliche Empfindungen riefen die beiden Kollegen aber in mir wach. Ähnlich war es zwei Tage später. Die Versammlung ist vorbei, ich sitze bei den neuauftretenden Mitgliedern und freue mich, die wenigen Anwesenden gewonnen zu haben. In dem Gespräch stellt es sich dann heraus, daß verschiedene schon Mitglieder waren, ja sogar in Hamburg, Bremen usw. längere Zeit gearbeitet haben. Daheim haben sie dann ihre in der Fremde gewonnene Anschauung ausgezogen, wie man sich eines Kleidungsstückes entledigt. Statt

zu Hause zu wirken nach den gegebenen Beispielen, fallen sie in den früheren Zustand zurück. Da kann man freilich die „Stränke“ bekommen! So könnten noch einzelne Eindrücke angeführt werden, die gerade nicht erhebend wirken, doch ich will es unterlassen. Denn Neues ist es nicht. Es beweist nur, wie mangelhaft der Organisationsgedanke bei verschiedenen Mitgliedern entwickelt ist und wie viele noch ihr Mäntelchen nach dem Winde hängen.

Auf die Versammlungen selbst wären noch verschiedene Wünsche angebracht. Es ist eine Unsitte, daß die Versammlungen immer eine Stunde früher angefangen werden. So war es in einem Ort zu verzeichnen, der übrigens schon recht lange zum Bestehen des Verbands zählt. Die Versammlung war dort um 7 Uhr angesetzt, um 8½ Uhr begann sie, um 9 ja um 9½ Uhr kamen noch einige Versammlungsbesucher. Können die Mitglieder nicht früher erscheinen, dann lege man doch lieber die Versammlungen später an; eröffne aber pünktlich. Merken die Mitglieder, daß Pünktlichkeit herrscht, dann werden sie auch zur rechten Zeit an Ort und Stelle sein. Schluß der Versammlung zur rechten Zeit ist ebenfalls eine Tugend des Vorsitzenden. Es macht einen häßlichen Eindruck, wenn die Versammlung sich immer mehr lichtet, aber die Debatten über Kleinigkeiten kein Ende nehmen wollen. In unserm Leitfaden stehen darüber Seite 13 ganz bemerkenswerte Fingerzeige, die doch nur studiert zu werden brauchen.

Im übrigen habe ich in allen Orten recht tüchtige Verwaltungspersonen getroffen, tüchtige Kassierer und eifrige Vorsitzende. War hier und da die Versammlung nicht so besucht, wie es wünschenswert, so liegt es teilweise an dem Versammlungstage, denn jeder Tag paßt nicht für jeden Ort, und bei größeren Versammlungstouren kann nicht jeder Ort den Tag selbst bestimmen, sonst wird es eine Kreuz- und Quersahrt für den Referenten. Ist das Resultat, soweit neue Mitglieder gewonnen sind, auch gering, so ist aber bei den übrigen der Organisationsgedanke gefestigt und jeder der Versammlungsbesucher bestrebt, diesen Gedanken auf seinen Nebenkollegen zu übertragen. Dann werden auch in dem Steinbruchgebiet, wo die Versammlungen stattfanden, die Früchte nicht ausbleiben. Sie heißen: Starke Arbeiterorganisation, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Mehr Disziplin.

II.

Der große Kampf im Elbsandsteingebiet gibt uns auch einige Veranlassung zur kritischen Würdigung. Falsch ist die Anschauung der Kollegen, daß unsre Verbandsleitung die treibende Kraft war, daß für Sachsen ein Normaltarif unter allen Umständen geschaffen werden solle. Nein, diese Anregung ging in jüngster Zeit von den — Unternehmern aus. Allerdings hat schon vor zehn Jahren unser Verband die Forderung für solche Normaltarife aufgestellt. (Siehe die Resolution Mitsche auf dem Kongreß zu Gotha 1900.) Und daß sich in der Steinindustrie größere Tarifbezirksgemeinschaften bilden, hat ja auch die bisherige Erfahrung gelehrt. Darüber ein Wort weiter zu verlieren, wäre müßig. Die Kollegen in Dresden-Pirna können über den sächsischen Normaltarif, welcher noch eingehend beraten werden soll, erst dann endgültig entscheiden, wenn feststeht, welche Zuschläge zu den Grundpreisen gewährt werden. Da diese Zuschläge noch nicht bekannt sind, so war es auch nicht nötig, daß sich ein Teil der Kollegen über die Normaltarifvorlage, welche in ihrem technischen Aufbau noch nicht völlig durchberaten und ergänzt ist, so aufregte. Dem Verband kann es ja nur recht sein, wenn in Sachsen endlich das Verschiedenartige im Tarifwesen verschwindet.

Daß die Löhne im Elbsandsteingebiet die besten sind, stimmt ohne weiteres. Dieses Argument trifft natürlich für das Mainingebiet, für die Steinindustrie von Maulbronn usw. ebenfalls zu. Wenn die Kollegen für Posttaer Material auf den bisherigen Tarif höhere Prozentzuschläge verlangten, so finden wir das völlig erklärlich; aber nicht einleuchten will es uns, daß nun so impulsiv auch für das weiche Material (Cottaer) ein Zuschlag von 10 Prozent verlangt wurde. Als unsre Dresdner Kollegen ganz unvermutet diese Forderung stellten (es war das eine Gelegenheitsforderung), da war es klar, daß nun die sächsischen Sandsteinindustriellen den Streik der Posttaer Steinarbeiter mit einer Aussperrung beantworten würden. Und so geschah es auch. Die Kollegen in Chemnitz, Leipzig, Zwickau und Plauen wurden nun ohne weiteres in brutaler Weise — ausgesperrt. Die zehnprozentige Forderung auf das weiche Material konnte von unserm Verband in dieser vorgerückten Jahreszeit nicht mit dem genügenden Nachdruck vertreten werden. Und darum wäre es schon besser gewesen, wenn sie jetzt nicht gestellt worden wäre. Das kam dem sächsischen Bezirksverband so recht zu passe, daß diese Forderung erhoben wurde. Denn nun hatte er einen „handgreiflichen“ Grund, um die Aussperrung nach außen hin zu „rechtfertigen“. So ohne weiteres ließ sich natürlich unser Verband nicht an die Wand drücken, dazu reicht die Macht der Unternehmerorganisation nicht aus. Wenn aber die Kollegen, die das weiche Cottaer Material verarbeiten, auf den Rat der Verbandsleitung gehört hätten, dann wären die Unternehmer in eine recht unangenehme Zwidmühle geraten. Aber das impulsive Vorgehen unsrer Kameraden sorgte dafür, daß den Unternehmern die Trümpfe so recht „spielend“ in die Hände gedrückt wurden.

Es ist sehr bedauerlich, daß in den großen Versammlungen Beschlüsse gefaßt wurden, die mit den Abmachungen, welche in den Kommission getroffen wurden, nicht im Einklang zu bringen waren. Unser ganzes Vorgehen im Elbegebiet mußte dahin gerichtet sein, daß die Hartstein-Bruchbesitzer nur allein bestrickt wurden. Unsre Forderung, den Prozentzuschlag zu erhöhen, war vollauf berechtigt und es konnte ja auch ein ansehnlicher Erfolg erzielt werden. Hätten die Verbandsmitglieder dem Rat der Verbandsleitung gefolgt, dann wäre mit weniger finanziellen Ausgaben mindestens daselbe erreicht worden. Die Verbandsleitung hat mit ihren taktischen Maßnahmen nur das Beste gegenüber unsern Kollegen gewollt; leider wurde das nicht im geringsten anerkannt.

Sehr bedauerlich ist es, daß einige Kollegen des Elbsandsteingebiets mit ihren Angriffen auf die Verbandsleitung noch Anklang fanden. Wir wissen, daß die örtliche Verwaltung gegenüber jener Verdächtigungsmaße entschiedenen Einspruch erhob, aber unsre Kollegen ließen sich keines Besseren belehren. Vor 10—15 Jahren noch waren die Kollegen im Elbsandsteingebiet im Verband tonangebend; manche gute Anregung ging in der Aera Kiegel, Biewig usw. von dort aus. Das alles vermissen wir heute. Es ist wirklich kein gutes Zeichen, wenn die

Kollegen in jenem Gebiet der Verbandsleitung immer großem gegenüberstehen.

Bei unsern zukünftigen Aktionen dürfen wir die durchgeführte Reorganisation des Steinmeisterverbands nicht außer acht lassen. Mit der neuen Bezirkseinteilung ist der genannte Verband viel beweglicher geworden. Besonders die verschiedenen Branchen untereinander haben mit einem Schläge mehr Berührungspunkte gefunden. Die Unternehmer sind der Meinung, mit der neuen Bezirkseinteilung könnten sie alle unsre Forderungen mit Aussperrungen totmachen. Sie werden sich dabei schändlich verrechnen. Wenn die Unternehmer eine solche Methode zukünftig als ihr Hauptziel hinstellen wollen, dann müßten auch wir mit demselben Augenblick anfangen tarifunten zu werden. Es würde hüben und drüben ein wirtschaftlicher — Faustkampf entstehen, wie ihn die deutsche Steinindustrie noch nicht gesehen hätte. Bei der zentralen Organisationsform liegt eben das Schwerkraft bei den gemeinschaftlichen Entscheidungen nicht mehr allein in den Zahlstellen, weil dies die Vielheit der Lohnbewegungen des Gesamtverbandes nicht mehr zuläßt. Aber unsre Kollegen laufen noch häufig mit den Eierhäuten der „losen Organisationsform“ herum und denken, die Taktik, welche vor zehn Jahren angebracht und nutzbringend war, sei heute ebenfalls noch verwendbar. — Weiter kommt noch hinzu, daß die Verbandsleitung auch in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Orten die Anregung geben muß, daß Lohn-erhöhungen erzielt und Tarifverträge geschaffen werden müssen. In dieser Beziehung müssen wir im kommenden Frühjahr noch manches nachholen.

Das eine muß besonders betont werden, daß durch die Ausgestaltung des Verbands der Unternehmer der sonst so schwerfällige Apparat beweglicher geworden ist. Das kann man aus verschiedenen Anzeichen ersehen, doch wollen wir darüber nicht deutlicher werden.

Seit etwa Jahresfrist ist in einigen Bezirken eine gewisse Mißstimmung gegen die Verbandsleitung vorhanden, die kürzlich in Schleisien und Dresden-Pirna besonders deutlich zum Ausdruck kam. Die Kollegen sind sehr oft der Meinung, sie würden mit ihren Anordnungen bei Lohnbewegungen und Streiks alles besser treffen als wie die Leitung des Verbands selbst. Und in den Versammlungen wird sehr häufig mit Argumenten operiert, die ohne weiteres durchblicken lassen, daß diese Redner mit den elementarsten Vorkommnissen im Verband nicht im geringsten vertraut sind. Aber die Menge horcht auf diese Opponenten, weil es gegen die Verbandsleitung geht. — Diejenigen, die es angeht, werden uns sehr wohl verstehen.

Wenn wir nicht weiter von Blamage zu Blamage eilen wollen, dann muß in Zukunft strikte das durchgeführte werden, was die verantwortungsvollen Instanzen für gut und richtig halten. — In den drei Quartalen dieses Jahres hat der Verband für Streiks und Aussperrungen bereits 130 623.78 M. ausgegeben, gewiß eine enorme Summe. Die erzielten Erfolge stehen mit den gemachten Ausgaben allerdings im umgekehrten Verhältnis.

Unsre Verbandsleitung wird solche wilden Arbeitsniederlegungen, wie sie in letzter Zeit öfter vorkamen, auf keinen Fall mehr finanziell unterstützen. Was immer Tatsache haben sich diejenigen abzufinden, welche für ihre Zahlstelle den „fattsam bekannten Ausnahmefall“ konstruieren wollen. Also, Kollegen, in Zukunft mehr Disziplin.

In der Nummer 38 schilderten wir in dem Artikel: Neue Gewerkschaftslehren, die Kampfesverschiedenheiten gegen früher. Den Schlußpassus möchten wir, weil er zu unsrer Auseinandersetzung paßt, auch hierhersehen:

„Es sei eine Frage berührt, die gleichfalls mit der Entwicklung der Arbeitskämpfe zusammenhängt, die allerdings mehr organisationstechnischer Natur ist. In den deutschen Gewerkschaften war, ihrem Wesen entsprechend, stets das demokratische Prinzip lebendig. Die Verfassung und Verwaltung unsrer Verbände trägt durchaus demokratisches Gepräge. Demgemäß hatten die einzelnen Zahlstellen, Ortsvereine usw. in bezug auf die Entscheidungen in den Lohnbewegungen eine ziemliche Bewegungsfreiheit. Je mehr sich die Arbeitskämpfe zu Auseinandersetzungen großen Stils entwickelten, um so mehr ergab die Praxis die Unzulänglichkeit dieser Einrichtungen. In verschiedenen Fällen griff ein Konflikt, der zuerst ganz lokaler Natur war, auf andre Orte über, führte zu Aussperrungen, die die ganze Kraft der Gesamtorganisation in Anspruch nahmen. Erheischte dann das allgemeine Interesse die Beendigung des Kampfes, so ergaben sich Reibungen höchst unerquicklicher Art. Die Mitglieder im Ursprungsorte des Konflikts beanspruchten das Entscheidungsrecht für sich, obwohl der Kampf längst aufgehört hatte, ihre besondere Angelegenheit zu sein.“

Bei den großen zentralen Kämpfen ergibt sich leicht eine ähnliche Situation. Ist eine Entscheidung gefallen, so muß sie für das ganze Kampfgebiet gelten. Es ist dann nicht zulässig, daß sich der einzelne Ort das Recht einer eignen Entschließung vorbehält.“

Diese Ausführungen möchten unsre Kollegen doch recht beherzigen.

Die Steinindustrie in der Gewerbeaufsicht für 1909 in Württemberg, Baden und Elsass-Lothringen.

I.

Bei aller Unvollkommenheit des Ausbaues der Gewerbeinspektionen und ihrer Berichterstattung bilden die Jahresberichte derselben leider immer wieder eine Befähigung unsrer Kritik an den traurigen Verhältnissen in der Steinindustrie. Neues sagen uns somit die letztjährigen Berichte der drei südwestlichen Bundesstaaten des Reiches auch diesmal nicht. Die Klage der mangelhaften Einhaltung der Bundesratsverordnung ist die gleiche geblieben.

Obwohl die Steinindustrie gerade in diesem Gebiete durch die allgemeine Umwälzung in unserm Berufe mit am härtesten getroffen wurde, ist die Zahl der gezählten Betriebe immerhin noch eine erhebliche. Die Zahl unsrer Mitglieder steht demgegenüber auch nicht in einem nur annähernd befriedigenden Verhältnis. Wäre dies anders, so würde dadurch die bessere Durchführung der Schutzbestimmungen mehr noch garantiert sein, als durch die Fabrikinspektionen. Allerdings können wir die in

den besprochenen Verträgen angegebenen Zahlen nicht auf unsere Berufsangehörigen beziehen, da die Industrie der Steine und Erden, auch nach der vorgenommenen Auscheidung der Ziegeleien und Glasfabriken, manchen Beruf enthält, der unserm Gewerbe nicht zugezählt werden kann. Von den Fabrikinspektionen werden angegeben 3650 Betriebe mit 39 292 Arbeitern. Nach der letzten Berufszählung wurden in den letzten drei Staaten gezählt in der Steinindustrie 3446 Betriebe mit 24 179 Arbeitern. Aber auch darunter finden sich eine ganze Reihe von Betrieben, die nicht für uns in Betracht kommen. Nehmen wir rund 20 000 Arbeiter an, so werden wir annähernd das richtige treffen und haben einen Blick über das uns noch offenstehende Arbeitsfeld.

Ueber den Ausbau und die Tätigkeit der Fabrikinspektionen im ganzen gibt nachfolgende Tabelle Auskunft:

Bundesstaat	Vorhandene		Rang der Betriebsbesitzer	Auf einen Beamten entfallen		Es wurden revidiert	
	Betriebe	Arbeiter		Betriebe	Arbeiter	von 100 Betrieben	von 100 Arbeitern
Württemberg	10934	214625	17	643	12625	96	99
Baden . . .	10381	229243	12	866	19103	38	60
Elßaß-Lothr.	7644	198774	19	402	10461	37	57
Summa	28959	642642	48	637	14063	54	72

Durchschnitt

Am schlechtesten schneidet das badische Musterlande ab. Die besonderen Verhältnisse Badens erfordern jedenfalls, daß auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht ganz energisch auf Besserung des bestehenden Zustandes gedrungen wird. Die Forderung unserer Petition auf Anstellung von Betriebskontrolleuren für die Steinindustrie aus Arbeiterkreisen wurde von der Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß dafür ein Bedürfnis nicht bestehe. Es soll aber in Zukunft ein fachtechnisch vorgebildeter Beamter zur Kontrolle der Steinhauerereien und Steinbrüche herangezogen werden. Auch werden vom 1. Januar 1911 auch die Steinbrüche der Fabrikinspektion unterstellt, die bisher der Straßenbaudirektion unterstanden. Hoffen wir, daß in Baden in bezug auf die Gewerbeaufsicht auch bald Verhältnisse eintreten, die den im übrigen Reich üblichen entsprechen.

Zu dem Inhalt der einzelnen Berichte ist zu bemerken, daß die Auslese im Württembergischen recht dürftig für die Steinindustrie ist. Es wird geklagt, daß Unternehmer von Steinbrüchen bei den Revisionen zwar nicht unmittelbaren Widerstand leisten, sich aber einer weitgehenden Unhöflichkeit befleißigen.

Nachahmenswert auch für andre Fabrikinspektionen ist der Gebrauch, alle schriftlichen Beschwerden der Arbeiter zu beantworten.

Ueberschreitungen der Arbeitszeit waren nur in einzelnen Fällen besonders bei Kleinunternehmern zu verzeichnen. Es wird dies auf den schlechten Geschäftsgang zurückgeführt, der wenig Anreiz zur Verlängerung der Arbeitszeit bot. In einem Steinbruch legten italienische Affordarbeiter die Arbeit nieder, weil der Unternehmer die Ueberschreitung der zehnstündigen Arbeitszeit nicht gestatten wollte. Auffallend ist, daß der Bericht nur von einem einzigen Unfall in Steinbrüchen zu berichten weiß. Obwohl dieser Unfall tödlich verlief, wird er nur nebenbei erwähnt. Von den Gipssteinbrüchen bei Crailsheim wird berichtet, daß die Durchführung der Schutzvorrichtungen sehr erschwert wird durch die dort übliche Affordmethode. Der Lohn wird berechnet nach der Masse des abgelieferten brauchbaren Materials. Dafür müssen die Arbeiter den Felsen selbst abräumen und auch das Sprengmaterial selbst liefern. Daß darin geradezu ein Anreiz zum schlechten Abräumen und zur Umgehung der sonstigen Schutzbestimmungen liegt, ist klar. Berufsgenossenschaft und Gewerbeinspektion wollen daher auf die Beseitigung dieses Affordsystems hinwirken. Wenn die Arbeiter sich nicht aufraffen und der Organisation anschließen, wird dabei nicht viel herauskommen. Das Fehlen und die ungenügende Beschaffenheit der Unterkunftsräume, Schuttdächer, Aborte usw. wird in allen Bezirken festgestellt. Die Unreinlichkeit der Stuben wird zum Teil auf die Arbeiter zurückgeführt, besonders, wo Italiener beschäftigt sind. Die Unternehmer tragen die Kosten der Unterhaltung der vorgeschriebenen Einrichtungen sehr ungern. Einer ging mit einer Beschwerde sogar bis zum Ministerium, allerdings erfolglos.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Abrechnungen des 3. Quartals sind bisher sehr spärlich eingelaufen. Diesmal sind die Abrechnungsformulare wesentlich einfacher gestaltet, so daß es den Kassierern keine Schwierigkeiten mehr machen kann, dieselben pünktlich ausfüllen zu können. Auch der Hinweis ist nicht angebracht, daß noch foundssovielle Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Die Quartalsabrechnungsformulare sind auszufüllen und unbekümmert dessen, wie viel Restante am Orte sind. — Wenn in der Hauptkassette alle Eintragungen pünktlich gemacht werden sollen, und das ist unser Wunsch, dann müssen die Zahlstellenkassierer ebenfalls auf Pünktlichkeit halten. Zahlstellen, die bis zum 25. Oktober nicht abgerechnet haben, erhalten Verbandsmaterialien auf keinen Fall mehr zugestellt.

Aus dem Verbands wurden ausgeschlossen: Philipp Roth aus Wilmars, beschäftigt in Duisburg, wegen Streikbruch; Karl Müller II in Stragburg (Elßaß) wegen Streikbruch, den er in Mülhausen beging.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 5. Oktober in den Arminhallen stattgefundenen Versammlung nahmen die Kollegen die Abrechnung vom 3. Quartal entgegen. Diese schließt mit einer Einnahme von 17 511,99 Mark, welcher eine Ausgabe von 6521,63 Mark gegenübersteht. Es bleibt demnach ein Bestand von 10 990,36 Mark. An zentralen Unterstüßungen wurden 1327,40 Mark ausgezahlt, aus der Ortskasse 868,60 Mark. Der Mitgliederbestand beträgt 843, das ist gegen das vorige Quartal ein Mehr von 37. Diese Zahl könnte etwas größer sein, doch leider wird von vielen Kollegen verjäumt, den durch sie wieder neu aufgenommenen Mitgliedern etwas mehr auf die Finger zu sehen. Dadurch haben wir die traurige Tatsache, daß ein Teil derselben das Weiterzahlen vergißt. Kollegen, mehr Agitation! Mehr gegenseitige Kontrolle! Bei dem Punkt Gewerkschaftliches wurde eine scharfe Kritik an dem Verhalten des Zentralvorstandes und der Redaktion geübt. Es wurde folgendes ausgeführt: Wo soll es hin führen, wenn wir unsere Informationen über Streiks unserer Kollegen in anderen Distrikten aus bürgerlichen Zeitungen nehmen müssen? Wozu haben wir ein Jahrbuch? Weshalb wird nicht wenigstens eine Schilderung der Sachlage des Streites in Bunzlau oder Alt-Warthau den Kollegen zur Kenntnis gebracht? Gerade Berlin, welches so sehr abhängig von der Lage in den Reichsdistrikten ist, wo die Kollegen jedesmal am eigenen Körper die wirtschaftlichen Folgen zu fühlen bekommen, gerade Berlin hätte berechtigten Grund, zu verlangen, daß im Jahrbuch Aufklärung gegeben wird. (In der Nr. 41 ist eine eingehende Schilderung über die schlesischen Vorkommnisse gegeben, und zwar, wie wir es gewohnt sind, ohne Schminkt. Hätten wir den Artikel

um 14 Tage eher veröffentlicht, dann hätten uns die schlesischen Kollegen vorgenommen, daß wir ihnen in den Rücken gefallen seien. Die Berliner Mitglieder sind sicherlich nach dem literarischen Genuß in Nr. 41 des Artikels: Mehr Disziplin, völlig befriedigt. Wir hatten auch unsere guten Gründe, die Darlegung über die entstandenen Differenzen etwas hinauszuschieben. (Redaktion.) Auch die Begründung ist faul, mit welcher die Kosten für die Berufung gegen das Urteil in Sachen Bofinger gegen unsern Vorsitzenden abgelehnt wurden. Hier können nicht die Kosten in Frage kommen, sondern wir müssen uns fragen: Wie wirkt das Urteil nach außen? Sparen ist eine sehr schöne Tugend, doch wenn am unrechten Ort gepart wird, dann wird die Tugend zum Uebel. Es ist ja noch nicht das letzte Wort gesprochen. Darüber waren sich alle Versammelten einig: Hier muß Remede geschaffen werden. Nachdem noch einige Anfragen erledigt waren, wurde den Kollegen der erfolgte Umgang des Bureau nach dem Gewerkschaftshause mitgeteilt. Zugleich wünschte der Vorsitzende seinen ihm bewilligten Urlaub von acht Tagen anzutreten, und zwar vom 9. bis 16. Oktober. Die Versammelten erklärten sich damit einverstanden. Die notwendigen Arbeiten werden inzwischen von den beiden Sektionsleitern erledigt.

Demig-Thumig. Eine recht eigentümliche Auffassung von der Bekämpfung des Alkohols in den Steinbrüchen (sicheren hier noch verschiedene Verbandskollegen zu haben. Vor kurzem trat bei der Firma C. S. Kunath in Demig-Thumig ein Steinmeß in Arbeit, welcher auch, wie dies leider hier noch in den meisten Brüchen üblich ist, „Einstand“ bezahlen mußte, wofür in der Regel Schnaps geholt wird. Es ist bedauerlich, daß es im hiesigen Granitgebiet noch so viele Kollegen gibt, die wohl zu dergleichen Zwecken ihr Geld anwenden, ja sogar diese Unsitte noch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern suchen, den Weg aber zur gewerkschaftlichen Organisation nicht finden können. Leider gibt es aber auch noch einen großen Teil organisierter Kollegen, die in dieser Beziehung den andern nicht nachstehen, ja diese sogar noch vielfach übertreffen. Doch hier sollte diese so tief eingewurzelte und daher mit allen Mitteln zu bekämpfende Unsitte zwei Kollegen zum Verhängnis werden. Als die Arbeiter so „gemüthlich“ beisammen saßen und den Fußel tranken, erschien plötzlich der Demiger Gendarm auf der Bildfläche. Dieser beschlagnahmte die Flasche mit dem noch darin befindlichen Schnaps und schrie die Beteiligten auf. Vor einigen Tagen erhielten nun zwei von ihnen Strafmandate in Höhe von je 7,50 Mark, und zwar derjenige, welcher den Einstand gegeben und somit den Schnaps bezahlt, und derjenige, der ihn geholt hatte.

Obwohl diese Strafe von den Betroffenen recht hart empfunden werden mag, können wir das Verhalten eines organisierten Kollegen nicht gutheißen, weil dadurch der Schnaps-trinkerei in den Brüchen nur Vorschub geleistet wird. Dieser wollte unter den Kollegen, welche sich gar nicht an dem Trinkgelage beteiligten hatten, für die Bestrafung eine Sammlung veranstalten und ging mit einem Stück Papier von einem zum andern. Zwei Verbandskollegen aber weigerten sich, hierzu etwas zu geben mit der Begründung, daß sie Gegner des Schnapsstrinkens sind, dieser Unsitte dadurch aber nur Vorschub geleistet wird, und machten auf die vom sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig angenommene Resolution aufmerksam. Da kamen sie aber bei dem betreffenden Kollegen, welcher die Sammlung veranstalten wollte, schon an. In recht ungeschöner, beleidigenden Worten, wie dies schon wiederholt nur wegen Schnapsstrinkens vorgekommen ist, machte er seinem Herzen Luft und brachte es als Gewerkschaftsgenosse fertig, die Nichtorganisierten gegen seine beiden Verbandskollegen aufzuheizen. Nicht nur im Interesse unserer Organisation sowie der gesamten Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit liegt es, den Teufel Alkohol auf das heftigste zu bekämpfen, und so ist es nicht so behauerlicher, daß von Verbandskollegen ein solches für die Arbeiterschaft so erniedrigendes Verhalten an den Tag gelegt wird.

Unre Zahlstelle hielt am 2. Oktober in Obereschmölz eine stark besuchte Distriktsversammlung ab. Es nahmen daran etwa 300 Kollegen und viele Frauen teil. Was sehr angenehm anfiel, war, daß sich auch viele junge Kollegen eingefunden hatten. Kollege Staudinger behandelte das Thema: Unternehmerrgewinne, Arbeiterlöhne und Gewerkschaftsbewegung. Der Referent streifte dann am Schlusse seines Vortrags in humorvoller Weise die verschiedensten politischen Vorkommnisse. Der wirkungsvolle Vortrag fand lebhaften Beifall. Die Distriktsversammlungen haben sich in untrer weitverzweigten Zahlstelle sehr gut bewährt. Der Vorstandschaft bleibt es überlassen, den Ort der nächsten Versammlung zu bestimmen. An Vokalen mangelt es jetzt nicht mehr. In der Versammlung wurde bekannt gegeben, daß im 3. Quartal durch eine energische Hausagitation 153 Mitglieder gewonnen werden konnten. Die Vorstandschaft ist der Meinung, daß die nächsten Wochen agitatorisch noch stark ausgenützt werden müssen, damit die Reihen der Unorganisierten immer mehr gelichtet werden. Mit einem dreimaligen Hoch auf unsern Verband wurde die musterhaft verlaufene Versammlung geschlossen.

Erstein. Am 4. Oktober fand in der Wirtschaft zum Tiefen Keller in Schlettstadt eine Versammlung statt. In derselben waren 16 unorganisierte Kollegen anwesend. Referent war Kollege Braun. Derselbe führte den Kollegen klar vor Augen, wie notwendig es ist, der Organisation anzugehören und was der Steinarbeiterverband bis jetzt geleistet hat und in Zukunft noch leisten wird. Die Anwesenden folgten gespannt seinen Ausführungen. Zum Schlusse ließen sich sämtliche Kollegen aufnehmen.

Sommern. (Gräßlicher Unglücksfall.) Durch die Nichtbefolgung der Schutzvorschriften beim Sprengen ist in der vorigen Woche im Schülferischen Steinbruch in Preysien ein Menschenleben vernichtet worden. Der Arbeiter Karl Herforth ist von einem Sprengstück so schwer am Kopfe verletzt worden, daß er seinen Verletzungen erliegen ist. Der Schuß wurde während der Arbeitszeit abgegeben. Der Kollege hatte die Zündschnur des Schusses selbst in Brand gesetzt und dann gleich den übrigen Arbeitern sich von der Schußstelle entfernt. Da aber Herr Schülfer das Aufstellen einer Schutzhütte im Betrieb für überflüssig hält, müssen die Arbeiter, stets im Freien stehend, das Losgehen der Sprengschüsse abwarten. Das sollte zum Verhängnis des verunglückten Kollegen werden. Er konnte einem Steine nicht schnell genug ausweichen und wurde erschlagen. Im allgemeinen werden in diesem Betrieb die Unfallverhütungsvorschriften schlecht befolgt und mit Leben und Gesundheit der Arbeiter ein leichtfertiges Spiel getrieben. Während der Pausen wird wenig, desto mehr aber während der Arbeitszeit geschlafen. Neben dem Fehlen einer Schutzhütte für die Arbeiter ist im Betrieb auch keinerlei Abdeckungsmaterial für die Sprengschüsse zu finden. Hoffentlich wird die infolge des Unfalls eingeleitete Untersuchung die strenge Bestrafung der Schuldigen — nicht nur allein des Bruchmeisters — und die Beseitigung der vorhandenen Uebelstände ergeben.

Die Hinterbliebenen des Verstorbenen werden allgemein bedauert. Daß die Kollegen über dieses traurige Vorkommnis entrüstet sind, dürfte einleuchten. Die Unternehmer umgehen einerseits die Unfallvorschriften, auf der andern Seite aber schließen sie gegenseitig Bindnisse, um die Arbeiter an die einzelnen Betriebe zu ketten. Ein solch nichtswürdiger Zustand muß baldigt beseitigt werden.

Böbau. Hier tagte am 1. Oktober eine gut besuchte Versammlung. Erfreulicherweise waren auch viel Schleifer erschienen. Staudinger sprach über das Thema: Die Baustile des Mittelalters und die Steinmekunst. Er erläuterte einleitend

im allgemeinen, auf welcher Höhe schon früher die Bearbeitung der verschiedensten Gesteine stand. Um das Jahr 950 kommt aus Italien der romanische Baustil zu uns. Dieser bedingt ungeheuer viel Steinmekarbeit. Besonders ausgebildet war die Säulenbauweise mit den Eckrollen und dem Würfkapital. Die romanische Stilart ließ die Verwendung des Granits in weitem Maße zu. Zur damaligen Zeit kamen allerdings nur Kirchen für den als Bauherren in Betracht, desgleichen die Klöster. Einige Bauten aus jener Zeit sind noch sehr gut erhalten und man kann daran bemerken, wie peinlich sauber schon unsere früheren Kollegen arbeiten mußten. (Bamberger Dom.) Zu Beginn des 13. Jahrhunderts taucht mit einmahl die Gotik auf. Dieser Stil ließ sich über großen Teil nur die Verwendung und Verarbeitung des Sandsteins zu. Die Steinmekkunst erreichte damals ihre vollste Blüte. Um die weichen Zier- und Schmuckformen herzustellen, mußte der Steinmek zugleich Bildhauer sein. Es sei müßig, zu streiten, welches Münster am großartigsten angelegt sei. Als Meisterwerke der Architektur und Steinmekkunst dürfen sie alle angesehen werden. In Sachen kommt als hervorragendster gotischer Bau in Frage die Meißner Albrechtsburg. Erst vor kurzem sind dort die Renovierungsarbeiten beendet worden; zur Verwendung kam Posauer Sandstein. Redner schildert dann die Zeit der Renaissance und bespricht am Schlusse das Leipziger Völkerschlachtdenkmal. Bei diesem massiven Monument, welches Jahrtausenden trocken soll, konnte als Baumaterial nur Granit in Frage kommen. Vom Standpunkt des Friedensmenschen muß eigentlich das Denkmal als kulturwidrig bezeichnet werden. Aber deshalb können wir uns als Steinarbeiter doch mit diesem ungeheuren Steinbau beschäftigen. Der Referent bespricht am Schlusse noch die ungeheure Verhüllung, welche die „moderne“ Architektur mit sich brachte. — Kollege Koode sprach seine Freude darüber aus, daß der Referent ein so interessantes berufliches Thema behandelte. Der zweistündige Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Münster. Unre am 9. Oktober im Lokale des Gastwirts August Brinkmann stattgefundene Versammlung war von 68 Kollegen besucht. Zunächst gab Kollege Zumbirk die Quartalsabrechnung bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 971,72 Mark, die Ausgabe 543,21 Mark. Bleibt Bestand für das nächste Quartal 428,51 Mark. Der Ortsfonds beträgt etwas über 300 Mark, welche auf der Bank angelegt sind. Erfreulicherweise sei im 3. Quartal die Zahl der Mitglieder gestiegen, nämlich von 69 auf 120. Das Stiftungsfest brachte einen Uberschuß von 11,80 Mark. Dem Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. Sodann nahm die Versammlung die Wahl von zwei Revisoren vor. Gewählt wurden die Kollegen Adam Mantel und Anton Nlers. Zum 3. Punkt gab der Vorsitzende Zölln auf Verlangen die Gründe an, weshalb er den Posten als Vorsitzender niederlege. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde Kollege Gustav Feitisch einstimmig gewählt. Beschlossen wurde, mehrere Exemplare der Gleichheit zu bestellen und sie gratis an die weiblichen Mitglieder zu verteilen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, die Versammlungen besser zu besuchen und in der Agitation nicht zu ermüden.

Nördlingen. Am 26. September fand in der Schwäbischen Vierhalle eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Vohse hielt ein lehrreiches Referat über: Kulturelle Leistungen des Steinarbeiterverbandes. Die uns noch fernstehenden Kollegen ermahnte er zum Anschluß an unsere Organisation und ersuchte die Kollegen zur Einigkeit. Es ließen sich hierauf acht Kollegen aufnehmen. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf.

Niederode. Am 9. Oktober fand in Kaselbe bei Schrader unsere Mitgliederversammlung statt. Die Quartalsabrechnung wurde revidiert und für richtig befunden. Nur wurde klage geführt, daß so viele Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Und daß es hier recht nützlich, daß wir organisiert sind, sollte doch wohl der rückständige Kollege einsehen. — Nur ein Beispiel: Vor acht Wochen wurden die Kollegen bei Belometti vorstellig und erhielten eine Lohnhöhung von 10 Prozent. Jetzt nun, wo so viele Kollegen dem Verband den Rücken gekehrt haben, sind schon wieder 5 Prozent abgezogen worden. Wären wir noch eine geschlossene Macht, dann würden die Unternehmer auch damit rechnen müssen. Im vorigen Winter haben es die Unternehmer trotz Ausperrung nicht fertig bekommen, die Zahlstelle totzumachen, und jetzt wäre sie bald eingeschlafen wegen der Laune der Kollegen. Aber der Grund ist ein eigentümlicher. Wenn wir alle dem Verband angehören, dann wird auch jedem auf die Finger gesehen, damit kollegialisch gehandelt wird. Das paßt vielen nicht; so können sie eher im Trüben fischen, was durch den wilden Afford sehr begünstigt wird. Die Statistik wurde auch sehr mangelhaft ausgefüllt, haben sich doch nur elf Kollegen daran beteiligt. Dadurch war es nicht möglich, ein genaues Resultat zu erzielen.

Seebach. Am 18. September fand hier unser Herbstfest, von herrlichsten Wetter begünstigt, statt. Der Verlauf dieser Veranstaltung wird auch nicht ohne Eindruck auf die Kollegen bleiben. Genosse Philipp aus Karlsruhe, welcher die Festrede hielt, schilderte in sehr markanten Worten das Zusammengehören von Partei und Gewerkschaft. Er wies auch auf die enorme Lebensmittelverteuerung hin. In beredten Worten schildert Redner weiter die Kämpfe, welche die Arbeiter führen müssen und forderte die zahlreich anwesenden Arbeiterfrauen auf, ihre Männer bei den politischen Kämpfen zu unterstützen. Allgemeiner Beifall wurde dem Redner für seine trefflichen Ausführungen gezollt. Sehr bedauert wurde, daß sich die Kollegen von Neuau in so kleiner Zahl an der Veranstaltung beteiligten. Aber ja, jetzt haben sie einen Tarif und nun brauchen sie solche Veranstaltungen nicht mehr zu besuchen.

Weissenstadt. Am 9. Oktober weihte Herr Neupert, Schleifermeister aus Roth a. S. in Weissenstadt; wahrscheinlich um Arbeiter für sich nach Roth anzuwerben. Die sich nun dieser Herr hier aufzuführen, ist wert, einige Worte darüber zu verlieren. Vergangenen Sommer erhielt ein hiesiger Schleifer einen Brief von Herrn Neupert aus Roth mit dem Inhalt, er möge bei ihm in Arbeit treten, von einer Lohnangabe war natürlich keine Rede, weshalb der Arbeiter nicht abreifte. Durch die Anwesenheit des Herrn Neupert brachte es nun der Zufall, daß sich beide in einer Wirtschaft trafen. Der Arbeiter fragte Herrn Neupert, wie es bei ihm jetzt mit der Arbeit stehe, da er heuer den Brief von ihm erhalten habe, worauf Herr Neupert antwortete, er könne sofort bei ihm eintreten. Der Arbeiter verlangte 42 Pfg. pro Stunde, was jedoch N. zu hoch erschien; auch gab er darauf zur Antwort, jetzt wolle er einmal einen Münchner Ausdruck gebrauchen. N. wollte den Arbeiter sogar prügeln, was aber nicht zum Besten für ihn ausfiel, denn es kam umgekehrt.

Die Beteiligung des Zimmererverbandes an der letzten großen Bauarbeiterausperrung.

Der Zimmererverband veröffentlicht eine eingehende Statistik über die große Ausperrung in diesem Jahre und die Abrechnung über die Unterstützung der ausgeperrten Zimmerer. Das Verbandsgebiet umfaßte vor der Ausperrung 728 Verbandszahlstellen, die sich auf 9221 Orte mit zusammen 10 029 Zimmererbetrieben und 67 511 beschäftigten Zimmerern, von denen 55 284 Verbandsmitglieder sind, erstreckten. Für die Tarifbewegung kamen 420 Verbandszahlstellen in Betracht, die zusammen 44 359 Zimmerer, darunter 31 228 Verbandsmitglieder umfassen. Ausgesperrt wurden in 1272 Orten zusammen 27 251 Zimmerer, von denen sich 26 010 in die Kontrolllisten eintrugen

Neuen. Davon waren 2584 Verbandsmitglieder, 17022 verheiratete mit zusammen 30240 Kindern. Von der Aussperrung wurden im Baugewerbe überhaupt insgesamt 78 281 Personen betroffen. Der Arbeitsverlust beträgt insgesamt 913 548 Arbeitstage, der Lohnausfall 4 713 152 M. Hätte sich der Wille der Unternehmer erfüllt, dann wären fast noch einmal so viel Personen der Entbehrung preisgegeben worden, nämlich alle Zimmerer, die an der Tarifbewegung beteiligt waren und dazu ihre Angehörigen. Der Unternehmerwille erwies sich aber nicht als allmächtig. Nichtsdestoweniger lassen die vorstehenden Zahlen erkennen, wieviel Not und Elend eine Unternehmerorganisation in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung über arme Arbeiter und deren unschuldige Kinder zu verhängen vermag.

Der Zimmererverband unterstürzte 18 700 Aussperrte für 640 547 Marksperrtage aus seiner Hauptkasse mit 1 554 547 M., außerdem zahlte die Verbandshauptkasse 19 333,20 M. an Familienunterstützung. Die Verbandszahlstellen leisteten 82 325,81 Mark an Zuschüssen. Einzukommene Summen für Fortschaffung Zugereister, Reiseunterstützung usw., so daß die Gesamtausgabe des Zimmererverbandes 1 685 055,67 M. beträgt. Davon brachte die Hauptkasse des Verbandes 967 121,45 M. auf; die in Arbeit gebliebenen Verbandsmitglieder leisteten 297 095,85 M. an Extrabeiträgen; 300 000 M. flossen aus den allgemeinen Sammlungen der Generalkommission; 105 180,74 M. flossen aus den örtlichen Fonds der Zahlstellen des Zimmererverbandes; 12 640,85 M. sandten ausländische Zimmererorganisationen ein; den Rest brachten Gewerkschaftskartelle und sonstige Einnahmen auf.

Eine schöne Leistung der Arbeitersolidarität, die es ermöglichte, den Schlag des Unternehmertums zu parieren, die sonderbaren Zumutungen des Unternehmerbundes für das Baugewerbe zurückzuweisen und ihm Zugeständnisse abzurufen. Möge diese Leistung ein Ansporn sein für das große Heer von Arbeitern, das den Kämpfen seiner Klasse noch fernsteht, mit einzutreten in die Reihen der Klassenbewußten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Rundschau.

Eine Steinmehlschule soll in Andernach (Rheinland) errichtet werden. Die Vorarbeiten sind seitens der Stadtverwaltung bereits gemacht.

Betriebsöffnung. In Ludwigsstadt (Oberfranken) wird ein Schotterwerk in Betrieb gesetzt. Der vorgefundene Grünstein hat eine große Festigkeit. Die besten Blöcke sollen zu Monumentalarbeiten verwendet werden. Eine Steinschleiferei wird ebenfalls errichtet.

Mehr Kunststeinfabriken. Es sind Bestrebungen im Gange, daß in Zukunft die Gesteinsabfälle in den Steinbrüchen mehr Verwendung finden sollen. Zu diesen Zwecken soll die Gründung von neuen Kunststeinfabriken ins Auge gefaßt werden. Wenn jene Anregung verwirklicht werden sollte, dann wird die Kunststeinfabrikation so überhand nehmen, daß die Steinbrüche mit ihren Steinmehlwärkstätten überhaupt einpacken dürfen.

Steinbedarf. Nachstehende Ausschreibungen sind uns bekannt geworden: Potsdam: 6530 Quadratmeter Kleinpflaster, 3500 Quadratmeter Bürgersteigplatten; Braunsberg: 4380 Kubikmeter rohe Chausseesteine; Danzig: 1500 Grenzsteine aus Granit; Domitzsch: Steinmehlarbeiten für das Rathaus; Siegen: 65 Kubikmeter Werksteine für die Bahnhofsverwaltung; Solmar: Steinmehlarbeiten für die Mädchenschule.

5500 Kubikmeter Werksteine werden zum Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals ausgeschrieben. Es soll Granit zur Verwendung kommen.

Submissionswesen. Die Stadtverwaltung Heddinghausen schrieb 5207 qm Pflastersteine aus Hartgestein, Grauwade, Dolomit oder dergleichen Material für den Ausbau der Kronprinzenstraße aus. Für den Quadratmeter verlangten

In Grauwade:	Grando	Dolomit	Dreier
Eduard Müller, Remscheid	6.20	6.48	7.30
Lambacher Werke, Dieringhausen	—	7.30	—
Aktion-Gesellschaft Linz a. Rhein (in 12/18)	6.40	6.75	—
Jungjohann & Siebel, Siegen	5.75	5.95	—
Daniel Adolfs, Essen (Ruhr)	6.70	6.95	—
In Basalt:			
Raffler Basaltindustrie, Kassel	7.20	—	—
in Format (Rheinisch)	7.40	—	—
Eisler, Steinwerthe, Eislerfeld (in Dolomit-Basalt)	7.20	7.50	—
Jacob Reeh, Dillenburg (in Zählbasalt)	6.20	—	—
Odenwälder Hartsteinindustrie, Darmstadt	6.—	6.40	—
Basalt-Alt.-Ges. Linz a. Rh. (Zählbasalt in 14/16)	5.25	5.60	—
(in Format 12/18)	7.10	7.50	—
D. Jervais & Söhne, Köln	5.30	5.81	—
In Ruhrkohlen sandstein:			
Karl Vhoest, Dählhausen (Ruhr)	6.—	—	—
Gewerkschaft Christenruh, Steele (Ruhr)	4.25	—	—
In Granit oder Dolorit:			
Schwedische Granitbrüche (Vertreter in Köln)	8.48	8.93	—
Fritz Dabringhausen, Herne (in Schwed. Granit)	8.10	8.50	—
Westerwaldbrüche, Köln (in Dolorit 12/18)	—	7.50	—
(in 14/16)	—	6.82	—

Auffällig ist das hohe Angebot in schwedischem Gestein.

Geschlossener Muschellalk. In der Monumentalbranche zeigen sich die veränderten Konsumansprüche bereits sehr merklich. Nützlich wurde dem verstorbenen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Wöbker, in Berlin ein Denkmal errichtet. Es wurde hierzu unterfränkischer Muschellalk verwendet, der dann geschliffen und poliert wurde. Zu solchen Denkmalsarbeiten wird natürlich der blaue Schalenstein verwendet.

Der Terrorismus mit Hilfe des Bürgerlichen Gesetzbuchs? Mit welchen Mitteln das Unternehmertum arbeitet, zeigt ein Revers, den die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe i. B. ihren Arbeitern und Arbeiterinnen vor einigen Tagen zur Beantwortung bezw. Unterschrift vorgelegt hat. In dem Revers heißt es:

„Der Unterzeichnete bescheinigt hiermit wahrheitsgemäß, daß er keiner Organisation angehört bezw. während der letzten drei Monate angehört hat, dem . . . als Mitglied angehört.“

NB. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß unwahre Angaben nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs strafbar sind.“

Schade nur, daß die Firma ganz vergessen hat, die Paragraphen anzuführen, die der Arbeiter verletzt, wenn er es ablehnt, über die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft dem Unternehmer Mitteilung zu machen. Von Rechts wegen müßte sich sofort ein Staatsanwalt der Sache annehmen und der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik die Nötigungsklage an den Hals hängen. Aber die Firma braucht keine Angst zu haben, daß das geschieht.

Ein „arwürdiger“ Seelenhirt. In Bannach (Bayern) äußerte ein Geistlicher in seiner Predigt, es müsse ein jeder katholische Mann eine katholische Zeitung lesen; ein gebildeter Mensch, der keine solche (Zentrums-) Zeitung halte, bestehe sich einer ungerathenen und unwürdigen Einsichtigkeit. Und dann setzte er noch folgenden Trupf darauf: „Diejenigen Katholiken, die keine katholische Zeitung lesen, sind dummer als die Ratten. Die Ratten, denen man das Gift vorlegt, fressen davon und verenden; der katholische Mann saugt das Gift ein und bezahlt noch dafür.“ Der Herr der Ratten und der Mäuse ist bekanntlich der Satan. Im Zentrum wünscht man gottergebene Schäferlein.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilte das Schöffengericht zu Rathenow am 7. d. M. zwei Steinarbeiter zu 1 Woche bezw. 10 Tagen Gefängnis. In dem ersten Falle bewies der Angeklagte durch das Zeugnis seiner Ehefrau, welche zur Zeit der angeblichen Vergehens der Tat im Wobendorf lag, daß er die Wohnung überhaupt nicht verlassen habe. Das Gericht schenkte jedoch der Aussage der arbeitswilligen Belastungszeugin höheren Glauben. In dem zweiten Falle war ein nicht am Streit beteiligter Steinarbeiter von einem Arbeitswilligen, den er angeprochen hatte, beleidigt worden und hatte die Beleidigung auf der Stelle erwidert. Das Gericht erblühte in der erwiderten Beleidigung eine strafbare Einwirkung auf den Arbeitswilligen. Derselbe Angeklagte hatte einen zweiten, ihm persönlich bekannten Arbeitswilligen, der auch Organisationsmitglied war, kameradschaftlich gewarnt und ihm angedeutet, daß er bei seinem Verhalten rücker, von den Streikenden die Jacke voll zu bekommen. Auch hierin erblühte das Gericht den Tatbestand des § 153 für gegeben und erkannte für beide Fälle auf die oben erwähnte Strafe.

Bei der Gelegenheit der letzten Bauarbeiteraussperrung war es in der Nähe von Heidelberg zwischen einigen Arbeitswilligen und Aussperrten zu Auseinandersetzungen gekommen, die schließlich zu einem Ringen zwischen einem Arbeitswilligen und einem Streikenden führten. Das Schöffengericht hatte den hierbei beteiligten Maurer Storch und den Maurer Vogt, welcher letzterer seinem Kollegen zu Hilfe geeilt war, zu der ungeheuerlich hohen Strafe von je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Heidelberger Strafkammer verworfen. Der Vorsitzende des Gerichts — der dem Zentrum angehörende Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Behner — sagte zur Begründung:

„Der Tatbestand der gemeinschaftlichen Körperverletzung sei gegeben. Außerdem war die Situation für den Schwiegler eine bedenkliche. Auch Beloroni und Stadel hätten sich an dem Tage bedroht gefühlt. Deshalb gelte es, gerichtlich diejenigen zu schützen, welche als Arbeitswillige bedroht werden!! Obwohl nicht vorbestraft, mußte also gegen die beiden Angeklagten die hohe Strafe von zwei Monaten Gefängnis ausgesprochen werden!“

Das vorliegende Urteil, so sagt dazu unser Mannheimer Parteiblatt, bedeutet die Anfnahme des gerichtlichen Kampfes gegen die organisierte Arbeiterkraft, und den christlich organisierten Arbeitern dürfte diese Kampfanlage auch dadurch nicht schmachhafter werden, daß sie aus dem Munde eines Zentrumsführers kommt.

Treuet den Konsumvereinen bei! In den Steinarbeiterorten Beucha-Brandis besteht seit etlichen Jahren ein Konsumverein. Im letzten Geschäftsjahr wurde ein Umsatz von 125 501,30 Mark erzielt. Dabei konnte ein Nettogewinn von 12 048,20 Mark verteilt werden. Diese Summe würden sonst die Kaufleute selbst eingestekt haben.

Die Proletarierkrankheit im Sandsteinbruchgebiet. Die bürgerliche Presse in Pirna berichtet: „Die Ausbreitung der Tuberkulose ist besonders im Amtsgerichtsbezirke Pirna außerordentlich stark. Zweifellos trägt hier in erster Linie die Arbeit in den zahlreichen Sandsteinbrüchen der hiesigen Gegend mit bei, denn zahlreiche Steinbrecher fallen schon verhältnismäßig jung der gefürchteten Steinbrecherkrankheit zum Opfer. Der ärztliche Bezirksverein Pirna hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Nach einem Vortrage des Herrn Dr. Schulze-Hohwald berichtete Herr Medizinalrat Dr. Pöschel über das Ergebnis einer von ihm angestellten Umfrage bei den Mitgliedern des Bezirksvereins, betreffend die Ausbreitung der Tuberkulose. Durch diese Umfrage hat sich herausgestellt, daß unter den sechs Amtsgerichtsbezirken der Medizinalbezirk Pirna der verheerendste ist. Herr Dr. Pöschel regte an, daß jeder neue in Verhandlung kommende Fall zur Anmeldung an ihn gelangen möchte. Zur weiteren Beratung der Angelegenheit wurde ein Ausschuss gebildet, dem folgende Herren angehören: Medizinalrat Dr. Pöschel, Dr. Pöschel, Dr. Stephan-Pirna und Dr. Pöschel für das Sanitätsrat, Dr. Schlauch und Dr. Mohr für das Militärhospital, Sanitätsrat Dr. Junghänel-Neustadt, Dr. Ludwig-Rödingstein, Dr. v. Becken-Schöndau und Dr. Schulze-Hohwald.“ Was hier über die verheerende Wirkung der Lungentuberkulose in den Sandsteinbruchdistrikten mitgeteilt wird, ist ja nicht neu. Die Tatsache, daß sich die Nerzte zur Bekämpfung der Seuche, die hier Verursachung ist, aufraffen, spricht dafür, daß sie in letzter Zeit noch schlimmeren Umfang angenommen hat. Eine wirksame Bekämpfung wird sich aber durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen nicht erreichen lassen. Dazu ist vor allem eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit und ein ausreichender Lohn erforderlich, der die Steinarbeiter in die Lage versetzt, sich den außerordentlichen Anforderungen ihres Berufes entsprechend nähren zu können. Daran fehlt es aber jetzt in erster Linie. Solange es in diesem Punkte nicht besser wird, wird auch die Lungenschwindsucht in den Steinbruchdistrikten nicht wesentlich abnehmen.

Worte Schillers.

Allmächtig ist das Gold,
Auch Rohren kann's bleichen.

Fiesta.

Das Jahrhundert
Ist meinem Ideal nicht reif. Ich lebe
Ein Bürger derer, welche kommen werden.
Don Carlos.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 3. bis mit 8. Oktober 1910.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Neu-Waldenburg, Ins. 2.— Wolgast, B. 67.50, K. 0.10.
Senften, B. 25.65. Neuwed, B. 81.30, E. 7.50. Nordendorf, B. 148.40, E. 1.— K. 2.70, M. 5.— Marktrenten, B. 2.10, K. 0.90. Langelsheim, B. 88.16, E. 0.50, K. 1.55, M. 1.60. Perdede, B. 78.50, E. 3.— Hof, B. 3.08, K. 0.90. Ertarshausen, B. 48.62, E. 0.50, K. 0.90, M. 1.— Wahrenth, B. 37.80, K. 1.20. Wetzken, B. 3.— Alt-Wäffig, B. 6.30. Zerbst, B. 13.— Ortrand, B. 3.— Meldorf, B. 3.— Kappelwinde, B. 2.20. Neiviges, B. 2.— Aborf, B. 8.90. Fürstenberg, B. 5.— Greifswald, B. 3.60. Wunsiedel, Ins. 7.00. Dresden, Ins. 2.40. Erfurt (Koch), 87.10. Bede, B. 68.— K. 12.50, M. 8.— Bischofswerda, B. 161.16, E. 7.— K. 3.20, Ab. 1.20. Braunschweig, B. 174.50, E. 1.— K. 3.50, M. 4.— Köln I, B. 150.— E. 10.— K. 10.— M. 18.— Deutmannsdorf, B. 177.76, E. 0.50, K. 2.30. Eifenach, B. 133.46, E. 0.50, K. 3.90, M. 7.— Eiterhagen, B. 44.14, E. 8.50. Willhausen i. Ell., B. 45.— Lezdach, B. 81.62, K. 2.70. Schopfloch, B. 117.64, K. 3.80. Stritzgau, B. 4977.36, E. 52.25, K. 45.70, M. 4.— Stadtprozellen, ? 20.79. Reinheim, B. 178.66, K. 3.50, M. 7.— Söbde, B. 123.— E. 2.— M. 6.— Karlsruhe, B. 54.20, E. 5.50, K. 0.30. Söbde, B. 7.14, E. 0.50, M. 2.40. Raftenberg, B. 2.50. Greifswald, B. 1.40. Pfarrkirchen, B. 1.30. Auerbach, B. 1.40. Konitz, B. 4.— Wgaffenburg, B. 3.30. Baugen, Ins. 10.80. Flensburg, B. 4.40. Bremen, B. 615.— K. 13.50, M. 16.— Riefersfelden, ? 493.40. Vutter, B. 299.40, E. 2.— K. 5.50, M. 1.— Willhausen i. Thüringen, B. 513.28, E. 13.50, E. 1.— K. 5.90, M. 4.— Erfurt, B. 77.25, E. 3.— K. 10.— M. 9.— Graißheim, B. 133.59, E. 0.50, K. 1.60, M. 3.20. Balduin, B. 57.06, E. 12.— K. 3.— Arnsherg, K. 0.15. Faucha, B. 1.50. Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Hamburg I. Der Kollege August Schnaub (Verbandsnummer 14911) wird ersucht, seine Angelegenheit beim Kassierer in Ordnung zu bringen.

Schweizer. Die Kollegen Joh. Bach und Xaver Bonech möchten ihre Adresse an mich gelangen lassen, da beide von hier abgereist sind, unter Zurücklassung ihrer Interimskarte.

Sternenfels. Wegen groben Verstoßes gegen die statistischen Bestimmungen wurde der Steinmetz August Ebdinger aus dem Verbands ausgeschlossen. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Königsbrück. Vorf.: Richard Berge, Schulplatz 4.
Münster. Vorf.: Gustav Feitisch, Hiltrup bei Münster.
Die Reiseunterstützung wird beim Gastwirt August Brinkmann, Krummertimpfen, ausbezahlt.

Riefersfelden. Vorf.: Eduard Egartner. Kass.: Thomas Mentz.

Altleiningen. Vorf.: Karl Schäfer. Kass.: Heinrich Schumacher.

Oberdorf. Vorf.: Martin Breitharth, Süßbrunner Straße 177. Kass.: Heinrich Daut, Sperlingsberg 64.

Mühlhausen (Elb.). Vorf.: Nikolaus Hrel, Köhlinstr. 27.
Kupferdreh. Vorf.: Robert Hornikel, Kupferdreh-Dilldorf, Friedrichstraße 65.

Wöbde. Vorf.: Friedrich Görcke, Schillerstraße 4. Kass.: August Fritsch, In der Mauer 4.

Wurzen. Vorf.: Franz Kreschmar, Deuben bei Wurzen, Nr. 51 D. Kass.: Reinhold Kern, Wurzen, Albertstraße 4, pt.
Worms. Kass.: Friedrich Kalkschmidt, Hochstraße 21.

Briefkasten.

Dg. Die Mitteilung hat uns sehr gefreut. Viele Grüße! — Gommern. Ja, am 29. Oktober paßt es. — Z. Der Steinbrecher wurde während der Arbeit durch einen Steinwurf am Auge erheblich verletzt. Selbstredend muß Unfallrente gezahlt werden. Es existiert darüber ein oberinstanzliches Urteil, siehe Amtliche Nachrichten Nr. 91, Seite 261. Wer den Stein geworfen hat, ist für die Entscheidung nebensächlich. Gätte sich Kollege B. seine Verletzung auf dem Nachhausewege geholt, so läme eine Rente nicht in Frage. — Frankfurt, A. Wende Dich an Herrn Dr. Drevermann, Direktor des Senkenbergischen Museums. Dieses berühmte naturwissenschaftliche Institut veranstaltet ab 20. Oktober eine Reihe Vorträge über Geologie. Es würde nichts schaden, wenn unsere Kollegen gemeinschaftlich einen Hörschein lösen würden. — Kottbus, M. Die 66 M. gehören nicht in die Rubrik: Maßregelungsunterstützung, sondern unter Reiseunterstützung. — D. Von den 51 sozialdemokratischen Abgeordneten sind früher 43 Arbeiter gewesen. Die Zentrumsfraktion zählt 105 Mitglieder, davon sind ganze fünf Mann früher als Arbeiter tätig gewesen. Die gegnerischen Schwindscheine sind ja genügend bekannt. — J. Lauff. Der Gutbesitzer wird mit seiner Eigenmächtigkeit hineinfallen. Deine Schwester rüftet sich am besten mit dem Armenratte aus. Viele Grüße! — Franz. Während der militärischen Übung sind 10-Pfg.-Marken zu fleben. — S. R. Wird demnächst verwendet.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Der Unterricht an Fachschulen

ist sorgfältigst nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken System Karnack-Haefeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben, Anstichtsendungen. Kleine Teilzahlungen.

Bonnens & Hachfeld Potsdam-W.18.

Schürzen Hausmacherfein, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jadelts, Leder- und Buckstinsosen in eigener Anfertigung — empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Steinmetzen finden dauernde, gutbezahlte Beschäftig. (Alford od. Stundenlohn).

Annawerk Braunschweigische Dolomit- und Kalksteinbrüche, G. m. b. H. Brunkensen (Bahnstraße Hannover-Göttingen).

Für das deutsche Patent der Firma **Casoli de Conti & Cie.** in Viareggio (Italien) Nr. 190598, betreffend

Steinsäge mit lose auf einer Drehachse sitzenden Rädern mit schneid. Zähnen werden Käufer oder Lizenznehmer für die Fabrikation in Deutschland gesucht. — Gest. Offerten unter **J. Z. 15070** befördert **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Steinmetzen werden noch eingestellt
Leipzig-Eutritzsch, Doltzcher Chaussee
Krankenhaus-Neubau St. Georg.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Dresden am 4. Oktober der Kollege **Anton Roth**, 49 Jahre alt, an der Verursachung.
In Konstanz (Schlesien) am 28. September der Kollege **August Jainsky**, 27 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
In München am 28. September der Kollege **G. Angler**, 36 Jahre alt, an Gehirnerweichung.
In Reichenhausen am 29. September der Kollege **Adolf Rüb**, 43 Jahre alt, an der Verursachung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **A. Staudinger**, Leipzig.
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei **Altiengeellschaft**.

Eine interessante Publikation.

Nach dem Unfallversicherungsgesetz soll zwar der Arbeiter, der bei der Arbeit einen Unfall erlitten und seine Arbeitsunfähigkeit ganz oder teilweise verloren hat, eine dem Verlust seiner Arbeitskraft teilweise entsprechende Rente erhalten, aber ehe er diese bekommt, muß er in nicht wenigen Fällen einen harten Kampf gegen die Berufsgenossenschaft führen. Der Kampf um die Unfallrente hat einen Umfang und eine Schärfe angenommen, daß die Wohlthaten des Gesetzes für viele auf dem Schlachtfelde der Arbeit schwer Verwundete zur Plage geworden sind. Mit der Zunahme der Maschinenarbeit und der Intensität der Arbeit haben sich auch die Unfälle ganz bedeutend vermehrt. Die von den Unternehmern verwalteten Berufsgenossenschaften arbeiten zum systematischen und mit den unläutersten Mitteln darauf hin, wo es äußerst geht, die Rentenansprüche der Verletzten freitrag zu machen, um dadurch eine hohe Belastung der Berufsgenossenschaften, welche eine entsprechende Erhöhung der Beiträge durch die Unternehmer zur Folge haben müßte, zu verhindern. Monate- und jahrelang müssen Verletzte um ihre Ansprüche kämpfen, sich oft wahren Torturen in Petitionen — den Rentenquetschen — unterwerfen, und ist es ihnen schließlich geblieben, dennoch eine Rente zu erhalten, so kommt nach kurzer Zeit die Berufsgenossenschaft mit dem Antrag auf Rentenzurückführung, und die Qualen des Kampfes um die Rente beginnen von neuem.

Dieser Kampf um die Rente hat nun nicht nur zur Folge, daß viele Arbeiter, die im Dienste des Kapitals zum Krüppel geworden sind, um ihre Rente gebracht werden, sondern er erzeugt auch, durch die ständigen Aufregungen und Sorgen, bei den Verunglückten vielfach eine Krankheit, eine Nervenerkrankung, der die Verletzte den Namen Renten-Neurose gegeben haben. In nicht wenigen Fällen haben Arbeiter, die lediglich eine Verletzung an der Hand, an den Füßen oder an sonst einem Teile des Körpers erlitten haben, die direkt keine Nervenerkrankung bewirken konnte, aber die Arbeitsfähigkeit des Verletzten verminderte, im Kampfe um die Rente sich eine solche Erkrankung des Nervensystems zugezogen, daß sie dauernd erwerbsunfähig wurden oder sich das Leben nahmen. Und in solchen Fällen beginnt nun ein neuer Kampf um eine Rente für volle Erwerbsunfähigkeit oder für die Hinterbliebenen des Selbstmörders. Denn auch die Renten-Neurose muß als eine Folge des Unfalls angesehen werden. Im Jahre 1898 hat das Reichsversicherungsamt die Frage, ob das durch den Kampf um die Rente verursachte Leiden zu entschädigen sei, auch bejaht, eine Frage, die es fünf Jahre später in zahlreichen, schnell aufeinanderfolgenden Entscheidungen aber verneint hat. Und nun wird die Renten-Neurose nie mehr als im Zusammenhang mit dem Unfallehend betrachtet, die im Kampfe um die Rente Erkrankten werden mit ihren Ansprüchen abgewiesen, wie die Hinterbliebenen der Verunglückten, die aus gleichen Ursachen zum Selbstmord schritten. Aber in vielen Fällen werden auch geistige Erkrankungen, die sich bei Verunglückten zeigen, als Renten-Neurose betrachtet, obwohl die Geistesstörung eine direkte Folge des Unfalls ist, und die Unglücklichen erhalten keine Rente. Es ist daher erfreulich, daß ein Psychiater, Ernst Schulze, die Frage von neuem aufrollt und die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts zum Gegenstand einer psychiatrischen und neurologischen Kritik macht, welche als Heft 1, Band IX der Sammlung „Jahrbuch der Abhandlungen aus dem Gebiete der Nerven- und Geisteskrankheiten“ kürzlich erschienen ist.

Welche Bedeutung diese Frage für die Unfallversicherung hat, zeigt der Verfasser an dem Fall des Arbeiters Jung, der während 19 Jahre im Instanzenzuge zehnmal die Schiedsgerichte und achtmal das Reichsversicherungsamt beschickte. Dieser Arbeiter hatte nur eine unerbittliche Hohenverletzung erlitten, war dann aber infolge des Kampfes um die Rente völlig erwerbsunfähig geworden. Ähnlich liegen einige andere Fälle, die Schulze untersucht.

Mit Recht sagt dieser Psychiater, daß der Verletzte, wenn sein Rentenanspruch gesetzlich begründet sei, nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht habe, durch Beschreitung des Instanzenweges sein Recht zu erkämpfen. Erleide er durch diesen Rechtsstreit aber Schaden, so müsse die Berufsgenossenschaft auch für diesen aufkommen. Das Reichsversicherungsamt hält die Rente für berechtigt, wenn die psychische Erkrankung in der Weise direkt mit dem Unfall zusammenhängt, daß der Verletzte infolge des Unfalls an sich psychische Störungen erlitt. Aber, so erklärt der genannte Psychiater, es bestehe gar kein Zweifel, daß auch bei den reinen, nicht durch Rentenkampf bedingten Unfallneurosen die Existenz des Unfallgesetzes, „die Tatsache des Verschertens“, mit ihren mittelbaren und unmittelbaren Folgen eine ausschlag-

gebende Rolle spielt. Schon in dem bloßen Wunsche nach Rente, auch wenn er tatsächlich gerechtfertigt ist, könne ein schädigendes Moment liegen. Somit bestehe weder klinisch noch auch ätiologisch ein grundsätzlicher Unterschied bei beiden Zuständen.

Auf Grund seiner Erfahrungen bestreitet der Psychiater aber auch, daß die reine Renten-Neurose so häufig sei, wie einige Autoren meinen und wie vor allem die Berufs-genossenschaften, wohl unter dem Einfluß der Reichsversicherungsamts-Entscheidungen, annehmen. Sehr häufig werde eine bereits vorhandene Neurose durch die mit dem Kampfe um die Rente verbundenen Aufregungen und Anstrengungen sich verschlimmern, und es lasse sich nicht feststellen, inwieweit die Beeinträchtigung der Erwerbstätigkeit auf den Unfall oder auf den Kampf um die Rente zurückzuführen sei. Und wenn grundsätzlich zugestanden werde, daß der Kampf um die Rente das Zentralnervensystem schädigen könne, so sei für diese Wirkung auch kein wesentlicher Unterschied darin zu erblicken, ob der Kampf um die Rente berechtigt war oder nicht. Der Unfall bewirkt dann immer den Ausbruch der Neurose, von der der Verletzte, trotz der Veranlagung hierzu, verschont geblieben wäre, wenn er keinen Unfall erlitten hätte.

Aus den interessanten psychiatrischen Untersuchungen Schulzes geht aber auch zweifellos hervor, daß geistige Störungen viel häufiger infolge eines Unfalls auftreten, als das Reichsversicherungsamt in seinen Entscheidungen anerkennt. An einer Reihe von Fällen zeigt Schulze, mit welcher Unkenntnis oft die ärztlichen Untersuchungen vorgenommen werden. Er hat feststellen können, daß der untersuchende Arzt nicht nur nichts von Psychiatrie verstand, sondern ihm auch die Anatomie nicht geläufig war. In vielen konkreten Fällen hat er feststellen können, daß Simulation zu Unrecht angenommen worden war. Die Schuld daran, daß so viele Arbeiter, die infolge des Unfalls nervenkrank und dadurch arbeitsunfähig werden, keine Renten erhalten, führt der Verfasser, neben dem Streben, die Rentenansprüche nicht zu groß werden zu lassen, auf die psychiatrische Unkenntnis der untersuchenden Ärzte zurück. Billigerweise könne man nicht von jedem als Gutachter gehörten Ärzte eine genaue Kenntnis der einzelnen Spezialfächer voraussetzen. Aber bedenklich sei es doch, daß so wenige Gutachter die Grenzen ihres eignen Wissens kennen. Eine Besserung dieser Verhältnisse sei nur durch eine gründliche psychiatrische Ausbildung der Ärzte zu erreichen.

Zu einer Besserung der Verhältnisse gehört aber freilich auch eine andere Organisation der Unfallversicherung, die von den Betroffenen verwaltet werden müßte. Solange die Träger der Unfallversicherung kein andres Bestreben und kein andres Interesse haben, als möglichst wenig Renten zahlen zu müssen, so lange wird der Kampf um die Rente dauern. Die Berufsgenossenschaften in ihrer heutigen Form, deren Einfluß auf viele Ärzte und die Entscheidungen der Instanzen, sind das größte Uebel. Hier muß die Reform ebenfalls einsetzen.

Der internationale Arbeitslosigkeits-Kongress in Paris.

II.

Die Frage des Arbeitslosenversicherungswesens in Deutschland ist der Gegenstand der Verhandlungen des internationalen Kongresses der Arbeitervereine in Paris. Seit den Entscheidungen über die Massenarbeitslosigkeit durch den Mannheimer Industriellenkongress und der Gründung des Reichsverbandes des Deutschen Arbeitervereins ist der Kampf um die Arbeitslosenversicherung verschwunden, und ist gerade in dieser Zeit wieder aktuell durch den Kampf des Metallarbeiterverbandes gegen den Leipziger Unternehmerkongress. Wir deutschen Gewerkschafter stehen prinzipiell auf dem Boden der Frankfurter Resolution von 1899, „daß der Arbeitslosenversicherung der Arbeiterorganisationen gebührt“. Wir haben aber, die Undurchführbarkeit dieses Grundgesetzes unter den gegenwärtigen Verhältnissen berücksichtigend, unsere Forderung darauf reduziert, daß den Arbeitern auf die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung ein gebührender Einfluß gewährt werden muß. Wir bekämpfen deshalb die private Stellenvermittlung, wie die einseitig vom Unternehmertum unterhaltene.

Sich über den Wert der fortbauenden Ueberwachung des Arbeitsmarktes und der raschen Befriedigung von Angebot und Nachfrage allgemein auszusprechen, kann man hier unterlassen. Darüber ist sich jeder klar. Und das auf dem Pariser Kongress geäußerte Wort: das ganze Problem der Arbeitslosigkeit sei eng verknüpft mit der Organisation des Arbeitsmarktes, faßt diese Erkenntnisse zusammen.

Die Erörterung der Arbeitsvermittlung ließ vor allem durchblicken, daß die einseitigen Unternehmermaßnahmen und die private Stellenvermittlung allseitig abgelehnt wurden. Die übergroße Mehrheit stellte sich auf den Boden des öffentlichen, paritätischen Arbeitsnachweises. Selbst die bürgerlichen Redner

betonten, daß der Arbeiter das Recht habe, beim Verkauf seiner Arbeitskraft über die Bedingungen mitzubestimmen. Auch das von dem italienischen Arbeitsnachweispraktiker Dr. Schiavi erstattete Hauptreferat hält daran fest. Seine Ausführungen verbietheten sich zu folgenden Grundrissen:

Ein moderner Arbeitsnachweis muß technische Einrichtungen haben, die eine rasche, genaue und methodische Geschäftsführung ermöglichen. Besonders müssen alle Auskünfte systematisch geordnet werden, die über die technische Befähigung und den sittlichen Wert der Kandidaten orientieren. Die einzelnen Arbeitsnachweise müssen mittelbar in Verbindung gesetzt oder vereinigt werden. Zur planmäßigen Ueberwachung des ganzen Marktes und zur Regelung von Angebot und Nachfrage auf breiter, interlokaler Grundlage müssen die Nachweismittel gegenüber die Verwaltungsverzeichnisse austauschen. Durch eine feste Organisation müssen sie ihre Vermittlungstätigkeit über das ganze Land ausdehnen. Als Organisationsprinzipien haben zu gelten: Unentgeltlichkeit; Neutralität (Bekanntgabe etwa bestehender Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern); paritätische Verwaltung durch Arbeiter und Unternehmer; geschäftsmäßiger Betrieb des Arbeitsnachweises. Seine Aufgabe ist, gesunde, arbeits- und leistungsfähige Arbeiter in Stellung zu bringen. Er sollte daher stets in enger Verbindung mit den Arbeitslosenstellen stehen. Nebenbei muß der Nachweis als Anknüpfungspunkt über Anstalt, Arbeitshäuser, Verpflegestationen usw. dienen.

Zur Sicherung der einheitlichen Geschäftsführung ist eine geordnete Ueberwachung, vorläufig vielleicht durch die Gewerkeinspektion, nötig. Die Kosten haben bis auf weiteres Gemeinde und Provinz zu tragen und der Staat hat einen Zuschuß zu leisten. Die private Stellenvermittlung muß vorübergehend einer strengen Aufsicht unterstellt und sobald als möglich ganz aufgehoben werden. Später müsse der Arbeitsnachweis von Land zu Land organisiert — oder vielmehr verbunden werden, um damit die große Basis für eine zuverlässige internationale Statistik zu gewinnen.

In der schweizerischen Organisation des Arbeitsnachweises sind diese Grundgedanken schon im wesentlichen erfüllt. Die Zentralverordnungen sind dort seit Jahren schon geführt, die Bahn gewährt zur Erleichterung der Ueberfödelung von Ort zu Ort 50 Prozent Preisnachlass für Fahrkarten 3. Klasse. Die Leistungen des Staates werden für die erste Zeit auf 44.000 Frank pro Jahr veranschlagt. Das erste größere staatliche Werk der Arbeitsvermittlung ist das vor etwa einem Jahre geschaffene Gesetz über die Arbeitsbüros in England; diesen Arbeitsbüros sollen sich im ferneren Verlauf auch Arbeitslosenversicherungskassen für gewisse Industrien angliedern. Jetzt haben die Büros nichts von einer Unterstützungsanstalt an sich. Auf die unentgeltlich geleistete Arbeitsvermittlung haben die Beteiligten noch keinen Einfluß, doch ist man jetzt dabei, für die Büros paritätische Beratungsausschüsse zu schaffen. Bei Arbeitskämpfen wird Neutralität gewährt, d. h. die Arbeitssuchenden werden von dem Bestehen und der Art der Differenzen in Kenntnis gesetzt. Den nach andern Orten vermittelten Personen werden die Reisefakten vorgeschossen. Das Gesetz zeigt, trotzdem es noch im Verfassungsverfahren steht, eine großzügige Anlage, und alle Länder, das un-tätige Deutschland voran, müssen sich davon verheißungsvoll zu bekommen.

Wir fordern von der Gesetzgebung, wie Genosse Robert Schmidt ausführte, die Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise, in deren Verwaltung Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl wirken, und die bei Streiks ihre Tätigkeit entweder einstellen oder die Arbeitssuchenden unterrichten. Die Unternehmermaßnahmen sind zu verbieten und die private Stellenvermittlung ist zu unterdrücken.

Singulärlich der Arbeitslosenversicherung haben wir in Deutschland ebenso nur kommunale tastende Versuche, wie wir auch den paritätischen Arbeitsnachweis nur in ganz wenig Städten antreffen. Alle Einrichtungen dieser Art sind ausgenommen die verunglückte kölnische freiwillige Versicherungskasse, sind Zuschuß- oder Unterstützungsstellen, die sich mehr oder minder an das Genter System (Zuschuß an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen) anlehnen. Für diese Art der Arbeitslosen-fürsorge sind durch die Einrichtungen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen die erforderlichen statistischen und organisatorischen Grundlagen gegeben. Für die vom Pariser Kongress angestrebte allgemeine öffentliche Arbeitslosenversicherung muß erst von den Regierungen durch die Organisation der Statistik, die Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises und durch den Willen zur Arbeitslosenversicherung die Grundlage geschaffen werden — und das wird noch sehr lange dauern. Eine derartige Versicherungseinrichtung muß von der Solidarität, von dem Gemeinsinn aller Mitglieder getragen sein. Der Mitgliedsbeitrag der Gewerkschaften hat diese Qualitäten. Die Gewerkschaften

* Der Kampf um die Rente und der Selbstmord in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. Von Ernst Schulze. Halle a. S. Carl Weydandt, Verlagsbuchhandlung, 1910.

Reisefrische.

I.

Die gewonnenen Reiseindrücke gelegentlich meiner letzten Tour ins Muschelkalkgebiet und Fichtelgebirge sollen in zwei Artikeln Erwähnung finden. Ich werde hervorheben, was mit uns in unserm Beruf verquillt werden kann, desgleichen sollen auch einige geschichtliche Bemerkungen eingeflochten werden. Ueber die Bahnfahrt Leipzig—Richtensfeld will ich kein Wort verlieren, sondern gleich damit beginnen, daß ich im Fichtelgebirge, in der Nähe der Geburtsstätte unseres Finanzministers Geist, eine nicht im Programm vorgesehene Wallfahrt unternommen hatte.

An der Straße Richtensfeld—Bamberg liegt der „berühmte“ Wallfahrtsort Bierzechnheiligen. Im Eisenbahnzuge sahen Wallfahrer aus Böhmen, welche sich wieder innerlich „läutern“ wollten, und so unternahmen sie, Männlein wie Weiblein waren in gleicher Zahl vertreten, diese anstrengende Böhmentour. Ich überfliege schnell die Tabellen des Fahrplans, um ergründen zu können, ob mir ein Absteher nach dem Wallfahrtsort möglich ist, d. h. ob ich mit einem späteren Zuge noch frühzeitig in Würzburg sein kann, um meine Verbandsfunktionen ausüben zu können. Der Plan klappt. 's Züglein hält in Staffelstein, und während die Wallfahrer ihre Heiligenbänder entrollen und noch umständlich diskutieren, bin ich schon 100 Meter vorausgeheft, denn ich muß es mit dem Dichterswort halten:

Wallfahrer ziehen durch das Tal
Mit fliegenden Standarten.
Wie gern wär ich mitgewallt, —
Ihr Pfarrer wollt mich nicht haben!
So muß ich seitwärts durch den Wald
Als räudig Schäflein irren.

In einer halben Stunde habe ich den Wallfahrtsort erreicht. Was mich dahin trieb, war, um die überaus reiche Sandsteinverwendung an dem gewaltigen Kirchenbauwerk im Renaissancestil bewundern zu können. Die weit ins Tal prunkenden Fassaden des gelben Sandsteins hatten es mir angetan, die Liebe zum Beruf, zur Steinmetzkunst, wenn ich so sagen darf,

Als ich vor 15 Jahren als Handwerksbursche nach Bamberg „lippelte“, da war mir die Wallfahrtskirche gleichgültig, was genierte mich da ein solcher Steinhaufen. Die Wallfahrtskirche wurde etwa 1750 von dem Würzburger Artillerieoffizier Reumann erbaut. (Es war früher keine Seltenheit, daß hervorragende Baumeister Offiziersstellen in den technischen Truppenteilen bekleideten.) Der Künstler im Offiziersrock hat gewiß mit sachkundiger Hand diesen imponierenden Bau im reinen Renaissancestil geschaffen; aber die ganze Umgebung will zu diesem Prunkgebäude, welches den Katholizismus verherrlichen soll, absolut nicht passen. Man denke nur an die bäuerlichen Ortschaften, welche dem Main entlang liegen, und anderseits in nördlicher Richtung an die ausgebreiteten Buchenwälder. Daß sich die robuste und doch gefällige Bauweise der einfachen Bauernhäuser mit der reichhaltigen Architektur der Renaissance nicht verträgt, dürfte einleuchtend sein. Der Bauplan hat eben seinen Entwurf auf Gehetz des damaligen Würzburger Fürstbischofs angefertigt; auf die landschaftlichen Reize von Staffelstein und Bierzechnheiligen wurde nicht Rücksicht genommen. Dem Grundgedanke: Das Bauwerk hat sich der Umgebung anzupassen, wurde nicht stattgegeben. Die Wallfahrtskirche wollte ich mir auch im Innern ansehen. Ich trat ein, es war gerade zur Zeit der Vormittagspredigt. Die Kirche ist überfüllt von Zuhörern und ein Ordensmönch spricht in der Evangelienauslegung gerade über den 2. Kolosserbrief. „Ich sage aber davon, daß Euch niemand betrüge mit verunftigten Reden (1)“. Und es sei betont, der Prediger verstand mit großem rheorischen Schwung vorzutragen. Er wandte un-gewöhnlich viel Pathos und Gestikulation auf, um auf das Gemüt zu wirken. Doch ich bin nicht lange Zuhörer dieses gewaltigen Predigers; es heißt aufbrechen, um den Zug zu erreichen. Und nun gehts im Eilschritt nach Staffelstein. Um das vis-à-vis liegende Schloss Bamberg zu besuchen zu können, fehlt mir die Zeit. Bamberg war vom Jahre 1640 bis 1804 ein Benediktinerkloster; es wurde säkularisiert (aufgehoben) und nun soll ein bayerischer Prinz Besitzer sein. Mich hätten in Bamberg weniger die alten Klosterzellen interessiert, auch nicht das mittelalterliche Wappen, nein, im Schloß soll eine große mineralogisch-paläontologische Sammlung untergebracht sein; sogar ein

Jächthofsaure soll sich darin befinden, wie ich von einem Schulmeister auskunftig sein konnte, und da wäre dieser kleine Absteher sicher im Interesse meines jetzigen Berufes gewesen. — Aber ich konnte mir doch nicht erlauben, verspätet in der St. Kilianstadt (Würzburg) einzupassieren, denn man läßt sich in seine Personalakten nicht gern eine schlechte Zensur wegen Dienstvernachlässigung eintragen. Eingeklinket sei, daß im Schloß zu Bamberg 1859 Viktor v. Scheffel aufhielt und dort auch den „Mönch von Bamberg“ dichtete, in welchem er den Trater Jwo so schön besingt.

Die unterfränkische Kreisstadt Würzburg macht einen netten Eindruck. An architektonisch wirkenden Gebäuden fehlt es nicht. Und in allen Stilrichtungen hat Würzburg unter den prunkliebenden Fürstbischöfen gebaut. Auffällig ist, daß man in Würzburg eine Umnege katholische Weltgeistliche, Mönche und Nonnen trifft. Da kann nicht einmal Regensburg erfolgreich konkurrieren. Der schon genannte Baumeister Reumann hat in Würzburg 1724 mit dem immensen Bau der fürstbischöflichen Residenz begonnen. Der Stil ist italienisch-französischer Renaissance. Der Prachtbau hat eine Länge von 167 Meter, eine Breite von 92 Meter und eine Höhe von 21 Meter. Der „armliche“ Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn verlegte nun in seinem neuen Palais über 812 Zimmer und 5 große Säle. Der Nazarener hatte bekanntlich keine Stelle, wohin er sein Haupt legen konnte. Zum Palastbau ist Naturstein über-reichlich verwendet worden, außen grüner Sandstein, innen schimmernder Marmor. Für die Mauerer, Steinmetzen, Bildhauer, Maler usw. gab es Arbeit in Hülle und Fülle. Neumann konstruierte einen Treppenaufgang, welcher im Architekturfach ungeheures Aufsehen erregte. Es wurden die höchsten Begehungen angezwungen, aber diese waren richtig. Ein genialer Venezianischer Maler namens Tiepolo hat das Palais mit unvergänglichen Bildern ausgestattet. Am geschicktesten ist wohl „Rebecka am Brunnen“.

Das Palais gehört jetzt den Wittelsbäuerern und ist un-bewohnt. Wie wäre, wenn darin für die Würzburger Gewerkschafts- und Parteibüreaus Raum geschaffen würde? In Bamberg nennt man ja die Sozials immer „Sozialdemokraten“, nun, da mag man den Parteifunktionären den Kaiseraal anweisen!

Haben durch die vorzügliche Organisation ihrer Unterstü-

Der Kongress wollte der Arbeitslosenversicherung dadurch vorarbeiten, daß er die komplizierte Frage der Kontrolle der Arbeitslosen erörterte.

Hinsichtlich der Kostendeckung für die Arbeitslosenversicherung traten vielerlei Ansichten zutage.

All die bunten Vorschläge und Auslassungen würden praktisch nutzlos zerpluttern, wenn der Kongress nicht in der Gründung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einer nach dem Vorbilde der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz wirkenden Gesellschaft, eine Instanz geschaffen hätte.

Die Errichtung dieser Zentralstelle ist zweifellos das Hauptverdienst des Pariser Kongresses.

Die Herbstsaison im Baugewerbe.

Daß die Bautätigkeit im Herbst dieses Jahres lebhaft werden würde, war nach der langen Mattigkeit während der Aussparung zu erwarten.

Das Götterner Tor ist ebenfalls bemerkenswert, es wurde daran viel Sandstein verwendet.

Der Alma Julia (Universität) machte ich auch einen Besuch. Warum soll ein simpler Steinmetz nicht einmal ein Kolleg schändens dürfen?

Ueber Würzburg und seine schönen Bauten wäre noch viel zu berichten, doch die Skizze soll nicht zu umfangreich werden.

Nachdem die Tarifverhandlungen und die sich notwendig gemachten Versammlungen erledigt waren, ging es von Würzburg nach Nürnberg und dann ins Fichtelgebirge.

Uebergangsmonat August hat zwar schon eine Besserung gegenüber dem Vorjahre gebracht, aber gegenüber dem Monat Juli dieses Jahres ist der Andrang etwas gestiegen.

Eine schwache Rechtfertigung.

Endlich, nach fünf Wochen, geht der Zentrumsabgeordnete Dswald (Ausschüssen) auf die Hauptpunkte der Wolf'schen Broschüre ein.

Wolf hatte in der Abrechnung für das Jahr 1908 den Posten von 55 437 Mark für Streiks und Maßregelungen bewirgelt und behauptet, daß hierfür weit weniger ausgegeben worden sei.

Zum Beweis, wie falsch und irreführend die Aufstellungen Wolfs seien, greift die „Gewerkschaftsstimme“ nur noch einen einzelnen Posten heraus.

In Selb (Oberfranken) hatte ich am Sonntag eine stark besuchte Versammlung. In diesem kleinen Städtchen domiziliert die Porzellanindustrie.

Streikbrecher-Hymne.

Das Hamburger Echo bringt aus der Feder seines Hausdichters folgende treffende Hymne auf die „wertvollsten Elemente“:

zum Ausdruck komme. Demnach wären also z. B. das Gehalt des Rebalteurs in der Position: Kosten des Verbandsorgans und die Gehälter der Bezirksleiter unter: Agitation mit verednet.

Nach dem Zentralblatt wurden für Streiks und Maßregelungen 55 437 Mark ausgegeben, nach dem geheimen Bericht nur 54 026 Mark.

Ueber eine besonders wichtige Angelegenheit äußert sich Dswald überhaupt nicht. So klärt er nicht auf, wie es kommt, daß der Verband nach der Abrechnung für das Jahr 1909 ein Vermögen von 22 700 Mk. haben soll.

Nur ein Manöver der „Gewerkschaftsstimme“ müssen wir zum Schluß noch in die gebührende Beleuchtung rücken.

Nun ist uns bekannt, daß es in der Verwaltung des genannten Verbandes (des Dswald'schen) in mancher Hinsicht hapert und daß insbesondere die Berichterstattung über den Stand der Verbandsfinanzen nichts weniger als sorgfältig, genau und übersichtlich ist.

Die Hauptsache aber sind diese Sätze, die Dswald in einem langen Zitat aus dem „Proletarier“ unter schlägt und die unmittelbar hinter der Mitteilung der Tatsache stehen, daß die Redaktion des „Proletarier“ dem Herrn Wolf, der ihr seine Dokumente anbot, nicht einmal geantwortet habe:

Allerdings haben wir die betreffenden Dokumente gelesen. Und wir können deshalb auch beurteilen, wie viel vom Inhalt der Broschüre verbürgt wahr ist.

Wir begreifen, daß Herr Dswald kein Bedürfnis hat, seinen Mitgliedern Kenntnis von diesen Auslassungen zu geben.

Kürzlich fand in München eine Versammlung der christlichen Vertrauensleute statt. Der Abgeordnete Dswald referierte über die Wolf'sche Broschüre.

Literarisches.

Ueber die Finanzreform von 1909 hat der Parteivorstand ein Handbuch herausgegeben, das soeben im Verlag des Vorwärts erschienen ist.